



Zürcher Wirtschaft

Fokus: **Finanzen**

Politanalyst Michael Hermann zeichnete eine Landkarte der gefühlten Lebensqualität. **16**



KGV in Wallisellen

General- versammlung

An der Generalversammlung des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich in Wallisellen waren Erfolge gegen die Regulierungswut des Staates, Wahlen und Wohnpolitik Thema. **14–15** Bild A. Springer

Anzeige

Wasserbau.
Eberhard
Pioniere in Bau und Umwelt

Monatelange Baustellen kosten viele KMU Kundenschaft und Umsatz. Nun ist die Politik gefragt. **4–5**

Lange Zahlungsfristen: KMU geraten immer wieder in die Rolle unfreiwilliger Kreditgeber **7**

Kunstvolle Wertpapiere: Das Finanzmuseum macht Wirtschaft greifbar. **8–9**

Prof. Christoph Schaltegger über den unterschätzten staatlichen Fussabdruck. **10**

Die KMU-Frauen Zürich besuchten die Traditionsfirma Geberit in Jona. **18**

Zitat des Monats

«Zukunft muss Träume wecken, nicht bloss ökologisch korrekt wirken.»

Ludwig Hasler, Philosoph und Kolumnist

Anzeige

Ein ERP, das einfach passt.
Weil Ihr Erfolg planbar ist

abacus.ch/erp-abacus

ABACUS



Newsletter «KMU aktuell»

Stets informiert mit Wirtschaftsprognosen,
Podcasts und Events zu aktuellen KMU-Themen.



Newsletter
abonnieren
zkb.ch/kmu-aktuell

 **Zürcher
Kantonalbank**

INHALT

Im Brennpunkt

- «Lange, andauernde Baustellen sind Gift für viele KMU» 4
- KMU als Bank für Staat für Staat und Grossfirmen 7
- Als Aktien noch Kunst waren 8

Politik & Wirtschaft

- «Wir können kein Powerplay machen» 10
- Zurückhaltung statt Optimismus 12
- Deutliches Nein zu linken Wohnexperimenten 13

In eigener Sache

- KGV: Verband zu Gast in Wallisellen 14
- «Der liberale Gemeinsinn bröckelt» 16
- Zürcher KMU-Innovationstag 17

Verbände

- Von der Holzspülung zum Weltkonzern 18
- Verbot von Plakatwänden toppt alle 19
- KMU-MAX für Winterthurer Altstadtlokal 20
- Regulierungsbremse: Erfolg für KMU 20
- Gewerbeverein auf Selbstfindung 21

Bildung

- Spitzensport und Berufslehre vereinen 22

Ratgeber

- Urheberrecht – good news aus Köln 25

Kolumnen

- Editorial 3
- Ludwig Hasler 23
- Sauter sagt's 5
- Der Wadenbeisser 26

Baustellen und offene Rechnungen

Wer ein Unternehmen führt, weiss: Die grössten Herausforderungen kommen oft nicht plötzlich, sondern schleichend. Manchmal stehen sie direkt vor der Tür – in Form einer Baustelle. Manchmal verstecken sie sich in der Buchhaltung – als Rechnung, die trotz vereinbarter Frist nicht bezahlt wird. Beide Situationen haben eines gemeinsam: Sie belasten die Liquidität, erschweren die Planung und können selbst gesunde Betriebe unter Druck setzen. Dabei handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern eine Vielzahl von KMU beschäftigen sich beinahe täglich damit.

Wenn Baustellen belasten

Strassen werden saniert, Leitungen erneuert und Tramgleise ersetzt. Solche Projekte sind notwendig und schaffen die Grundlage für eine funktionierende Infrastruktur. Für zahlreiche KMU bedeuten sie jedoch auch monatelange Einschränkungen. Fehlende Sichtbarkeit, erschwerte Zugänge, Baulärm und Unsicherheit bei Kundinnen und Kunden führen oft zu spürbaren Umsatzeinbussen. Besonders betroffen sind Gastronomiebetriebe, Detailhändler und Dienstleister, die auf Laufkundschaft angewiesen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass die Auswirkungen häufig weit über das Ende der Bauarbeiten hinausreichen. Gäste und Kunden ändern ihre Gewohnheiten schnell – und kehren nicht immer automatisch zurück. Unser Beitrag zeigt, wie Unternehmen diese Belastungen erleben, weshalb die wirtschaftlichen Folgen oft noch lange nach Abschluss der Arbeiten spürbar bleiben und welche Erwartungen die



Thomas Hess
Geschäftsführer KGV

Betroffenen an Behörden und Politik haben. Es geht nicht um die Frage, ob gebaut werden soll, sondern darum, wie notwendige Projekte so umgesetzt werden können, dass jene nicht die Hauptlast tragen, die unsere Quartiere beleben, Lehrstellen anbieten und Arbeitsplätze schaffen.

Späte Zahlungen

Weniger sichtbar, aber ebenso folgenreich sind verspätete Zahlungen. Viele KMU geraten immer wieder in die Rolle unfreiwilliger Kreditgeber, weil staatliche Stellen oder grosse Unternehmen ihre Rechnungen erst Wochen oder Monate nach Leistungserbringung begleichen. Während Verzugszinsen gegenüber dem Staat rasch fällig werden, müssen Unternehmen häufig Geduld aufbringen und ihre Leistungen vorfinanzieren. Das bindet wertvolle Mittel, die für Investitionen, Innovationen oder die Weiterentwicklung des Betriebs eingesetzt werden könnten. Das ist der Grund, warum dieses Thema regelmässig seit Jahren

unter Unternehmern diskutiert wird. Welche politischen Fortschritte wurden in den letzten Jahren erzielt? Denn pünktliche Zahlungen sind weit mehr als eine Frage der Höflichkeit. Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten kann eine verzögerte Rechnung über Stabilität, Investitionen oder Liquiditätsengpässe entscheiden. Eines wird einmal mehr deutlich: KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Damit sie ihre Rolle erfolgreich wahrnehmen können, brauchen sie faire Rahmenbedingungen – auf der Strasse ebenso wie auf dem Konto.

Anzeigen

Ihr zuverlässiger Partner für Bauprojekte



J. Wiederkehr AG
Bauunternehmung
Dietikon

Tel. 044 744 59 79
www.wiederkehr-dietikon.ch
info@wiederkehr-dietikon.ch

**VERLUSTE
VERMEIDET
MAN ONLINE**

Creditreform Egeli Zürich AG
Binzmühlestrasse 13, 8050 Zurich
info@zuerich.creditreform.ch
Tel. +41 44 307 80 80
www.crediweb.ch

Creditreform

synaforce

Wir bieten die **IT-Services** für Ihren Erfolg!



www.synaforce.ch

Investieren Sie in Nachhaltigkeit, bauen Sie mit Stil.

toggenger.ch

«Lange andauernde Baustellen sind Gift für viele KMU»

Monatelange Baustellen kosten viele KMU Kundschaft und Umsatz. Nun werden politische Massnahmen diskutiert, um betroffene Betriebe besser zu unterstützen.

Anna Birkenmeier

Strassen werden saniert, Leitungen erneuert und Tramgleise ersetzt – Infrastrukturprojekte sind ein notwendig. Für viele Gewerbebetriebe bedeuten Grossbaustellen jedoch weit mehr als ein vorübergehendes Ärgernis. Sinkende Kundenfrequenzen, erschwerte Zugänge und monatelange Umsatzeinbussen können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen hart treffen. Deshalb wird auch in Zürich zunehmend darüber diskutiert, wie betroffene Betriebe besser unterstützt werden können.

Besonders deutlich zeigen sich die Auswirkungen in der Gastronomie. Das Restaurant Bohemia

INFO

Gewerbeverband Stadt Zürich fordert Entlastung

Der Gewerbeverband Stadt Zürich (GVZ) fordert seit langem eine Baustellenplanung mit Augenmass: gute Signalisation, sichere Zugänge und eine klare Etappierung. Trotz Baustelle müsse für Passantinnen und Passanten jederzeit erkennbar sein, dass die Betriebe geöffnet und erreichbar sind.

Zudem brauche es einen frühzeitigen Einbezug der betroffenen Unternehmen und die Möglichkeit, ihre Anliegen einzubringen, bevor wesentliche Entscheidungen getroffen werden. Denkbar wären auch von der Verwaltung organisierte Informationskampagnen, die Kundinnen und Kunden vermitteln: Die Geschäfte sind weiterhin da.



Baustellen (wie hier beim nooba) sind schwer verdaubar für betroffene KMU.

am Zürcher Kreuzplatz berichtet, dass Baulärm, Staub und die Baustelleninfrastruktur den Betrieb massiv beeinträchtigen.

Rund zwei Drittel der Terrasse mussten zeitweise zurückgebaut werden, um Platz für Baustelleninstallationen zu schaffen. Gleichzeitig erschwerte eine provisorische Wegführung den Zugang, während hohe Absperrungen und Installationen die Sicht auf das Restaurant verdeckten.

«Gerade in der Gastronomie, wo viele Gäste spontan vorbeikommen, wirken sich solche Einschränkungen unmittelbar auf die Besucherfrequenz aus», sagt Claudia Jauch von der Two Spice AG, zu der das Restaurant Nooba gehört. «Entsprechend waren die Auswirkungen auch beim Umsatz deutlich spürbar.»

Noch drastischer schildert die Höschgass Gastro AG ihre Erfahrungen. Während mehrerer Wochen musste das Restaurant Bohemia vollständig schliessen, weil die Terrasse nicht genutzt werden konnte und die Bauarbeiten bis unmittelbar an die Hauswand reichten. Die eingeschränkte Erreichbarkeit und die schlechte Sichtbarkeit führten zu erheblichen wirtschaftlichen Einbussen.

«Gerade für einen Gastronomiebetrieb sind Frequenz, spontane

Besuche und eine einladende Atmosphäre entscheidend», erklärt Geschäftsführerin Martine Fehr. «Die wirtschaftlichen Folgen waren entsprechend gravierend.»

Kommunikation oft kurzfristig

Zwar fanden Informationsveranstaltungen und Gespräche mit den Behörden statt, dennoch kritisieren mehrere Betriebe die Kommunikation. Wichtige Informationen seien teilweise erst kurzfristig

«Die Auswirkungen beim Umsatz waren deutlich spürbar.»

Claudia Jauch
Two Spice AG

erfolgt. Hinweise zu Wasserunterbrüchen oder notwendigen Leitungsarbeiten seien laut der Höschgass Gastro teilweise lediglich per Aushang an der Eingangstür kommuniziert worden.

Auch das Restaurant Nooba hätte sich eine frühere und engere Einbindung gewünscht. «Viele Entscheidungen waren bereits getroffen, bevor wir darüber informiert wurden», sagt Claudia Jauch. Dadurch hätte die Verantwortung, praktikable Lösungen für den laufenden Betrieb zu fin-

den und die wirtschaftlichen Auswirkungen möglichst gering zu halten, weitgehend bei den betroffenen Unternehmen selbst gelegen.

«Aus Sicht eines laufenden Gastronomiebetriebs hätten wir uns eine frühzeitigere, direktere und praxisnähere Kommunikation gewünscht», bringt es Martine Fehr auf den Punkt.

Folgen überleben die Baustelle

Ein häufig unterschätztes Problem ist die Zeit nach Abschluss der Bauarbeiten. Gäste ändern ihre Gewohnheiten schnell – wer während Monaten eine Gegend meidet, kehrt nicht automatisch zurück.

Claudia Jauch vom nooba betont: «Die Wiederherstellung der gewohnten Frequenz und des Umsatzniveaus benötigt oft deutlich mehr Zeit, als von aussen wahrgenommen wird.» Für ein KMU bedeute eine Baustelle deshalb «nicht nur eine temporäre Belastung während der Bauarbeiten, sondern häufig auch eine längere wirtschaftliche Erholungsphase danach».

Auch die Höschgass Gastro AG machte diese Erfahrung. «Noch Monate nach Abschluss der Arbeiten erhielten wir regelmässig Anrufe mit Fragen zur Erreichbarkeit oder dazu, ob die Bauarbeiten noch andauern würden», berichtet Martine Fehr. Das zeige, wie lange sich die Wahrnehmung einer Grossbaustelle auf einen Betrieb auswirken könne.

Verband fordert Unterstützung

Für Nicole Barandun, Präsidentin des Gewerbeverbands der Stadt Zürich, sind das keine Einzelfälle. «Lange Baustellen sind Gift für viele KMU», sagt sie. «Wenn der Eingang kaum mehr sichtbar ist, Parkplätze wegfallen, alles nach Baustelle aussieht und lärmt, bleiben die Leute weg.»

Nach ihren Angaben erhält der Gewerbeverband immer häufiger Rückmeldungen über Umsatzeinbussen, erschwerte Lieferungen und ausbleibende Laufkundschaft. «Stammgäste bleiben aus,

Umsätze brechen ein, Lieferungen werden kompliziert, Spontankundschaft bleibt weg.» Die öffentlich gewordenen Fälle der Restaurants Bohemia und Enoteca seien lediglich die Spitze des Eisbergs. «Viele kleinere Betriebe kämpfen im Stillen mit denselben Problemen.»

Für Restaurants, Läden und kleine Dienstleister könne ein längerer Umbau existenzbedrohend werden. «Viele haben keine finanziellen Polster für mehrere schwache Monate», so Barandun.

Positiv bewertet sie zwar, dass die Stadt heute besser informierte als früher. Dennoch bestehe weiterhin Handlungsbedarf. «Ein Vertreter der Stadt müsste regelmässig vor Ort sein, die Bedürfnisse des Gewerbes aufnehmen und diese, wo immer möglich, mit der Bauleitung koordinieren», fordert sie. «Ich betrachte das als eine Bringschuld der Stadt und nicht als Holschuld der betroffenen Betriebe.»

Entschädigungen als Lösung?

In anderen Schweizer Städten werden Modelle diskutiert oder

bereits umgesetzt, um besonders stark betroffene Betriebe zu entlasten. Auch für Zürich hält der Gewerbeverband eine Prüfung solcher Lösungen für sinnvoll.

«Es geht nicht darum, jede Baustelle pauschal zu entschädigen», betont Barandun. «Aber wo eine öffentliche Baustelle ein Geschäft über lange Zeit massiv behindert

te trotz Baustelle weiterhin geöffnet und erreichbar sind. «Finanzielle Entlastungen oder unkomplizierte Unterstützungsinstrumente hätten diese Phase spürbar erleichtert», betont Jauch. Ebenso wichtig wären Massnahmen zur besseren Sichtbarkeit der geöffneten Betriebe gewesen. Eine aktive Unterstützung seitens der Stadt bei

«Ein Vertreter der Stadt müsste regelmässig vor Ort sein, die Bedürfnisse des Gewerbes aufnehmen und diese, wo immer möglich, mit der Bauleitung koordinieren.»

Nicole Barandun
Präsidentin Gewerbeverband Stadt Zürich

und nachweislich wesentliche Umsatzeinbussen verursacht, braucht es faire Lösungen. Sonst tragen einzelne Betriebe die Kosten von Projekten, von denen am Ende die ganze Stadt profitiert.»

Daneben wünschen sich betroffene Unternehmen finanzielle Unterstützung während besonders schwieriger Phasen sowie Kommunikationsmassnahmen, damit Kunden wissen, dass die Geschäft-

Informations- und Kommunikationsmassnahmen hätte nach Ansicht betroffener Unternehmen dazu beigetragen, diese Unsicherheit zu reduzieren und die zusätzlichen Kosten nicht vollständig den Betrieben aufzubürden.

Politik reagiert langsam

«Positiv werten wir, dass die Thematik inzwischen auch auf politischer Ebene aufgegriffen

wurde», ergänzt Martine Fehr. Die Möglichkeit zusätzlicher Boulevard-Bewilligungen sowie das überwiesene Postulat zur besseren Unterstützung von KMU bei Grossbaustellen zeigten, dass die Herausforderungen betroffener Betriebe zunehmend wahrgenommen würden. Solche Massnahmen könnten künftig dazu beitragen, die wirtschaftlichen Folgen für lokale Unternehmen abzufedern.

Denn: Niemand stellt die Notwendigkeit von Strassensanierungen oder Leitungsarbeiten grundsätzlich infrage. Die betroffenen Unternehmen erwarten jedoch, dass die öffentliche Hand die Belastungen möglichst gering hält und jene unterstützt, die während der Bauzeit einen erheblichen Teil der Kosten tragen.

Oder wie Nicole Barandun es zusammenfasst: «Unsere Betriebe wissen, dass man Strassen, Leitungen und Tramlinien erneuern muss. Sie erwarten aber, dass die Stadt diese Arbeiten so organisiert, dass nicht ausgerechnet jene draufzahlen, die für Leben im Quartier, Lehrstellen und Arbeitsplätze sorgen.»

Der Staat und sein Geld – eine Betrachtung mit Schmerzen

KOLUMNE
SAUTER SAGT'S



Bruno Sauter
Unternehmer, Konsulent

Es ist eine der grossen unausgesprochenen Wahrheiten der Schweiz: Bund, Kantone und Gemeinden geben Geld aus, als wäre es Regenwasser – reichlich vorhanden, kostenlos vom Himmel gefallen. Dabei muss jeder Franken erst verdient werden. Von jemandem. Irgendwo. Mit Arbeit.

Fangen wir mit dem Beton an. Der Unterhalt des Nationalstrassennetzes kostet im Schnitt ca. 900 000 Franken pro Kilometer. Für einen neuen Autobahnkilometer sind schnell 50 bis 100 Millionen fällig. Zürich investiert 223 767 Franken pro Kilometer Kantonsstrasse – Zug 558 000, Basel-Stadt 520 000. Strassen sind teuer, das versteht jeder.

Was kostet ein Klassenzimmer? Zwischen 500 000 und einer Million, je nach Gemeinde und Architektenlaune. Und die Krankenpflege-

rin? Rund 78 000 Franken Jahresgehalt – plus Nacht-, Wochenend- und Feiertagszulagen, mehr Ferien als in den meisten Industrieberufen und keinerlei Leistungsmessung, die diesen Namen verdient. Der CNC-Spezialist, der jeden Morgen um 6 Uhr antritt, dessen Ausstoss täglich gezählt wird und der bei Minderleistung das Gespräch bekommt, verdient oft weniger – ohne Zulagen, ohne gesellschaftliches Streichelchen. Ähnliches gilt für die Lehrerin: beamtenähnlich geschützt, 13 Wochen Ferien, und eine Leistungsbeurteilung, die eher an kommunale Folklore erinnert als an echtes Management mit KPIs.

Dann die Velowege. Der Kanton Zürich investiert jährlich 30 Millionen für den Veloweg-Ausbau bis 2050; die Stadt Zürich plant zusätzlich einen Rahmenkredit von 350 Millionen. Bezahlt von den Autofahrern – via Mineralölsteuer und allgemeine Steuern. Die Velofahrer zahlen nichts Zweckgebundenes. Umverteilung von schweigenden Mehrheiten zu lautstarken Minderheiten – aber Kritik wäre politisch unkorrekt.

Nun die Kultur. Was immer das ist. Für 2025–2028 sind 987 Millionen Bundesfranken vorgesehen – knapp 250 Millionen pro Jahr, allein vom Bund. Kantone und Städte tragen 85 Prozent der gesamten öffentlichen Kulturausgaben obendrauf – also total ca. 1,7 Mrd. Gut investiert? Vielleicht. Messbar? Selten.

Grösster Posten: das Asylwesen. Der Bund gab 2024 rund 3,55 Milliarden für Migration aus. Kantone und Gemeinden tragen Unterbringung, Sozialhilfe, Integration. Gesamtrechnung über alle Staatsebenen: realistisch 5 bis 6 Mrd. jährlich.

Die Schweiz ist reich – das stimmt. Aber Reichtum entbindet nicht von der Pflicht zur Vernunft. Jeder Franken, den der Staat ausgibt, muss zuerst erwirtschaftet werden: von der Verkäuferin, dem Ingenieur, der Unternehmerin, dem Schreiner. Der Staat schöpft; er schafft nicht. Jeder Franken muss erst verdient werden, bevor er ausgegeben werden kann. Das ist keine bürgerliche Parole – das ist Arithmetik.

Bonitätsprüfungen schützen vor Verlusten

Die Unternehmensinsolvenzen haben, befeuert von einer Gesetzesänderung, einen neuen Höchststand erreicht. Wenn täglich schweizweit 70 Firmen in die Pleite schliddern, ist Vorsicht am Platz. Gläubiger schützen sich am besten mit Bonitätsprüfungen. Damit tragen sie auch Sorge zu ihrer eigenen Liquidität.

Raoul Egeli

Im März dieses Jahres verzeichneten die Unternehmensinsolvenzen ein monatliches Allzeithoch. Nimmt man die Werte der Jahre 2018 und 2019 als Massstab, dann hat sich die Zahl der Firmenpleiten um rund das Zweieinhalbfache erhöht. Das ist eine schier unglaubliche Steigerung. Männlich war mit Nachholeffekten der Covid 19 – Massnahmen zur Stützung gefährdeter Betriebe gerechnet worden. Denn dank dieser Covid-Hilfen wurden Unternehmen unterstützt, über die längst der Pleitegeier geschwebt hatte. Es gab zwar in den Jahren 2022 bis 2024 durchaus mehr Konkurse, doch bei weitem nicht in dem Ausmass, wie sie seit gut einem Jahr verzeichnet werden. Für die jüngste, gewaltige Konkurswelle zeichnet sich eine gewollte Gesetzesänderung verantwortlich. Seit Jahresbeginn 2025 müssen öffentlich-rechtliche Forderungen auch auf Konkurs betrieben werden. Zuvor war eine Betreibung auf Pfändung möglich gewesen. Die Beseitigung dieser Ungleichbehandlung war längst überfällig. Diese hatte nur dazu geführt, dass Firmen ihren Zahlungsverpflichtungen bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen zu wenig nachgekommen sind und so künstlich am Leben gehalten wurden.



Es werden immer mehr: Unternehmenskonkurse seit 2018 im monatlichen Vergleich. Grafik Creditreform

halten wurden. Die privaten Unternehmen hingegen mussten auf Konkurs betreiben. Und wer auf Konkurs betreibt, muss einen Kostenvorschuss leisten. Das Risiko, auf diesem sitzenzubleiben, ist hoch, denn mehr als 55 % der Konkursverfahren werden mangels Aktiven eingestellt. So hatte der Staat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass eigentlich konkursite Firmen sich noch auf den Märkten tummeln. Damit ist es nun vorbei.

Meht Pleiten 2026 nach dem Rekordjahr 2025

2026 dürfte es nach dem Rekordjahr 2025 nochmals deutlich mehr Pleiten geben. Ein Ende ist zurzeit nicht absehbar. Denn die jüngste Konkurswelle wird zusätzlich befeuert durch eine ganze Reihe von neuen Risiken und Herausforderungen:

- die Kriege in Osteuropa und im Nahen Osten mit unabsehbaren Folgen für Energiepreise und weltwirtschaftliche Entwicklung
- die Unberechenbarkeit vieler politischer Entscheidungen, die Planung und Investition erschweren

- die digitale Revolution, die nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Firmen gefährdet, die den Anschluss verpassen
- der boomende Onlinehandel ausländischer Anbieter, der vor allem dem Detailhandel Umsatzprozent kostet.

Das schafft ein Klima der Unsicherheit, das sich etwa in den Einkaufsmanager-Indices ablesen lässt. Sie spiegeln die Erwartungshaltung, die sich seit längerem im Nirgendwo zwischen Hoffen und Bangen bewegt.

Liquiditätsmanagement und Bonitätsprüfungen

In solch volatilen Zeiten tun zwei Dinge not: Liquiditätsmanagement und Bonitätsprüfungen. Es gilt, eine stets ausreichende Liquidität in der Hinterhand zu behalten, um für Unabwägbarkeiten gerüstet zu sein – ohne sich deshalb unternehmerischer Chancen zu berauben. Dieses Geld kommt primär aus einer Quelle: den Kundinnen und Kunden. Jede unbezahlte Rechnung nagt an der Liquidität, sei es, weil zusätzliche Kosten für das Eintreiben der Forderungen entstehen oder weil diese gleich ganz abgeschrieben werden muss.

Hier gilt es, mit konsequenten Bonitätsprüfungen vor jedem Geschäftsabschluss Präventionsarbeit zu leisten. Creditreform unterstützt dabei mit seinen bewährten Bonitätsauskünften, die rasche Entscheidungen erlauben. Noch besser aber ist es, die Kunden auf Bonitätsveränderungen hin zu überwachen, um sofort reagieren zu können. Die Erfahrung lehrt, dass sich damit Debitorenverluste im Ausmass von bis zu zwei Umsatzprozenten vermeiden lassen.

Wenn eine Zahlung dann doch mal ausbleibt, gilt es, dranzubleiben: mit höflich formulierten, konsequenten Mahnungen auf den Zahlungsausstand hinweisen, klare Fristen setzen und Gesprächsbereitschaft signalisieren. Hilfreich ist dabei der Hinweis auf eine Inkassofirma wie Creditreform, an die das Dossier bei Ausbleiben der Zahlung übergeben wird. Nur wer seine offenen Forderungen aktiv bewirtschaftet, sichert sich auch die für den Fortbestand notwendige Liquidität.

Creditreform

KMU als Bank für Staat und Grossfirmen

KMU geraten immer wieder in die Rolle unfreiwilliger Kreditgeber, weil der Staat und grosse Unternehmen ihre Rechnungen zu spät begleichen.

Gerold Brütsch-Prévôt

Der Kanton kennt keine Gnade. Wenn die Steuern zu spät bezahlt werden, verlangt er im Vergleich zur aktuellen Zinslage horrende 4,5 Prozent Verzugszins. Und bei der SVA wird ohne einen einzigen Tag Toleranz sofort eine gebührenpflichtige Mahnung ausgelöst.

Kanton nimmt es gemütlich

Umgekehrt nimmt es der Staat eher gemütlich, wenn es darum geht, Rechnungen des Gewerbes zu bezahlen. Das war bereits 2010 ein Thema. Die seinerzeit eingereichte Motion «Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen» verlangte, dass der Kanton Zürich Rechnungen grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen bezahlt. Die Motionäre um Josef Wiederkehr kritisierten, dass KMU wegen langer Zahlungsfristen faktisch als Kreditgeber der öffentlichen Hand fungierten. Der Regierungsrat lehnte eine gesetzliche Regelung zunächst ab und verwies auf bestehende Abläufe. Nach jahrelanger politischer Diskussion wurden jedoch verbindliche Zahlungsfristen eingeführt: 30 Tage für gewöhnliche Rechnungen und 45 Tage für komplexe Bauabrechnungen. 2015 verankerte der Kantonsrat diese Vorgaben gegen den Willen des Regierungsrats sogar im Gesetz. Allerdings: Kontrolliert wurde die Zahlungsweise des Kantons bisher nicht.

Staat mit Vorbildfunktion

«Mich hat gestört, dass die Zahlungsfristen teilweise sehr lang waren. Damals gab es sogar die Tendenz, diese Fristen noch weiter zu verlängern – immer mit dem Argument, dass man einfach mehr Zeit brauche. Dabei sollte doch die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion haben», sagt Josef Wiederkehr rückblickend. Und



Das Nichteinhalten von Zahlungsfristen zwingt KMU in die Rolle von Kreditgebern. Bild Canva AI/KI-generiert

hat sich die Zahlungsmoral seither und in den letzten Jahren verbessert? «Ich glaube schon, dass sich die Situation nach dem Vortoss und bis heute etwas verbessert hat. Die Regierung wurde letztlich ja gezwungen, die Abläufe anzupassen. Das Risiko besteht aber weiterhin, dass man wieder in alte Muster zurückfällt, wenn

ges Waren einkaufen und auch vorfinanzieren müssten.

Meist nicht böser Wille

Der Hauptgrund für die oft verspäteten Zahlungen des Kantons sei aber in den meisten Fällen nicht böser Wille, sondern liege an den komplizierten Prozessen, ordnet Josef Wiederkehr ein.

«Damals gab es sogar die Tendenz, diese Fristen noch weiter zu verlängern – immer mit dem Argument, dass man einfach mehr Zeit brauche.»

Josef Wiederkehr
Unternehmer und Kantonsrat (Die Mitte)

niemand mehr darauf achtet», ergänzt Wiederkehr.

Fragt man KMU nach ihren Erfahrungen mit dem Kanton und Grossbetrieben als Kunden, herrscht Schweigen. Die Inhaber und Geschäftsführer von KMU wollen dazu keine Auskunft geben, auch anonym hinter vorgehaltener Hand nicht. Zu gross das Risiko, dass die Auftraggeber davon erfahren und so grosse Aufträge verloren gehen könnten. Aber ja, heisse es manchmal, dass die Zahlungskonditionen zum Gesamtpaket gehörten und nicht verhandelbar seien. Obwohl die KMU zur Ausführung des Auftra-

Rechnungen müssten durch viele Stellen geprüft werden. Dazu kommt vielleicht die Haltung, dass es nicht so schlimm sei, wenn eine Zahlungsfrist einmal überschritten wird. Ein Anreiz wäre, Verzugszinsen zu verlangen, wenn Fristen nicht eingehalten würden.

Allerdings: Das Gewerbe und Kleinbetriebe sind auch nicht gerade als überaus pünktlich Zahlende bekannt. Besonders oft zu Verzügen kam es im Gastgewerbe, aber auch im Autogewerbe und in der Druckbranche war das Zahlungsverhalten nicht gerade vorbildlich. Gut jede fünfte Rechnung haben Schweizer Firmen letztes

Jahr nicht rechtzeitig bezahlt, wie der Wirtschaftsinformationsdienst Dun & Bradstreet herausgefunden hat.

Grund für Liquiditätsprobleme

Liegt es möglicherweise an einem Liquiditätsproblem, unter anderem verursacht durch die schlechte Zahlungsmoral oder aufgezwungene Zahlungsziele von Grosskunden und staatlichen Betrieben? «Das kann durchaus ein Kreislauf sein», meint Wiederkehr dazu, «allerdings bin ich gegenüber gewissen Studien vorsichtig. Die Unternehmen, die solche Analysen erstellen, verdienen oft gerade mit Dienstleistungen rund um das Forderungsmanagement Geld. Deshalb sollte man solche Zahlen kritisch betrachten.»

Während Corona haben die grossen Unternehmen ihre Zahlungsfristen von sich aus auf 60 Tage erstreckt und damit mache Gewerbebetriebe in Not gebracht. Die Grossbetriebe argumentierten mit der herausfordernden Krise und einigten sich untereinander auf diese Praxis. Auch heute, wenn auch aus anderen Gründen, warten KMU oft lange auf ihr Geld. Besonders häufig zeigen sich Zahlungs- und Abwicklungsprobleme im Bau- und Infrastrukturbereich.

Häufig Abwicklungsprobleme

Rechnungen werden erst nach dem Vorliegen eines Abnahmeprotokolls ausgelöst und durchlaufen mehrere technische und administrative Prüfungen. In der Praxis führt dies dazu, dass kleine und mittlere Unternehmen ihre Leistungen teilweise 60 bis 120 Tage vorfinanzieren müssen – selbst wenn im Vertrag eigentlich Zahlungsfristen von 30 Tagen vorgesehen sind.

Lange Zahlungsfristen sind für viele KMU ein Problem. Sie müssen Leistungen oft über Wochen oder Monate vorfinanzieren. Zwar hat sich die Situation im Kanton Zürich verbessert, doch die Zahlungsfristen werden oft ausgereizt und überzogen. Eine starke und gesunde Wirtschaft braucht nicht nur Aufträge, sondern auch pünktliche Zahler.

Als Aktien noch Kunst waren

Historische Wertpapiere erzählen von Industrialisierung, Unternehmergeist und der Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz. Das Schweizer Finanzmuseum macht Wirtschaft greifbar.

Geld gehört nicht ins Museum. Könnte man meinen. Doch auch Geld hat Geschichte – und seine Formen sind oft überraschend faszinierende Zeitzeugen. Das Schweizer Finanzmuseum der SIX vermittelt die Geschichte und Funktionsweise des Finanzplatzes Schweiz anhand multimedialer Stationen und historischer Wertpapiere. Zum Auftakt erleben Besucher ein audiovisuelles Hörspiel, in dem sich der Nationalbank-Initiat Robert Comtesse und Eisenbahnpionier Alfred Escher über die Entwicklung des Finanzplatzes austauschen – moderiert vom römischen Gott Merkur. Interaktive Stationen, Touchscreens, historische Filmaufnahmen und multimediale Installationen erklären verständlich, wie Börsen funktionieren, wie Unternehmen Kapital aufnehmen oder wie sich der Zahlungsverkehr verändert hat. Fragen wie «Wann wurde der erste Schweizer Bancomat eingeführt?» oder «Wie läuft ein Börsengang ab?» werden praxisnah beantwortet.

Das Museum als Bildungsort in einer Zeit, in der digitale Währungen, Tokenisierung und neue Anlageformen die Finanzindustrie tiefgreifend verändern.

Kunstvolle Wertpapiere

Ein elementarer Ausstellungsteil führt durch die Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis ins 21. Jahrhundert und zeigt anhand historischer Aktien die enge Verbindung zwischen Finanzbranche und Industrialisierung. Und nicht nur das: Das eigentliche Herzstück des Museums ist die Sammlung historischer Wertpapiere.

Es ist die weltweit bedeutendste Sammlung historischer Aktien, zur Verfügung gestellt von der «Stiftung Sammlung historischer Wertpapiere», die allein einen Besuch wert sind. Die Sammlung umfasst rund 10 000 historische Wertschriften aus mehr als 150 Ländern – darunter signierte Dokumente von Persönlichkeiten wie Thomas Edison oder John D. Rockefeller.

Viele historische Wertpapiere waren mehr als Finanzdokumen-



Eine Entdeckungsreise durchs Finanzmuseum lohnt sich – allein schon aus kunsthistorischer Sicht oder der historischen Aktien wegen.

Bilder SIX/Mark Gasser

te. Renommierter Kupferstecher, Lithografen und Künstler gestalteten sie kunstvoll und machten sie zugleich zu Werbeträgern, die Vertrauen in Unternehmen schaffen sollten.

Zeitgeist auf Geldanleihen

Jede Epoche kennt ihr eigenes Lebensgefühl. Unterschiedliche Mentalitäten, kulturelle Besonderheiten und Symbolik formten den individuellen Stil. Dass dieser Stil sich auf Wertpapieren niederschlägt, verwundert nicht, denn schliesslich prägt auch die Wirt-

schaft den jeweiligen Zeitgeist. Beim Betrachten der Aktien und Anleihen ist nicht nur die Entwicklung des Wertpapierdesigns fassbar, es sind dies auch die Errungenschaften der Industrie und die Techniken, welche in die Gestaltung einfließen.

Besonders im Jugendstil, um die Jahrhundertwende, entstehen einige der künstlerisch an-

spruchvollsten Aktienzertifikate. Die Kunstschaaffenden des Jugendstils sehen damals keinen Unterschied zwischen «hoher Kunst» und der Gestaltung von Alltagsgegenständen. Sie sind vielseitig tätig – Malerei, Architektur, Kunsthandwerk oder Illustrationen. Neben der Gestaltung von Metroeingängen, Schmuck, Keramik, Büchern und

Werbeplakaten widmen sie sich auch Wertpapieren. Diese Arbeiten bieten den Kunstschaaffenden eine willkommene Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Gleichzeitig nutzen Unternehmen die Möglichkeit, sich mit den Namen renommierter Kunstschaaffender zu schmücken, die oft international ausgezeichnet waren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schlägt sich dann im Wertpapierdesign der Trend zur Versachlichung nieder – «Corporate Design» und «Corporate Identity» werden zum Schlagworten. Mit

zunehmender Digitalisierung wird das Aussehen der Wertpapiere zunehmend weniger wichtig, bis sie in den 2000er Jahren dann gänzlich in ihrer physischen Form verschwinden und an den Börsenplätzen der Welt rein digital gehandelt werden. Passend als «Nonvaleur» bezeichnet, sind die «historischen» Wertpapiere ab dann begehrte Sammelstücke, vor allem, wenn sie kunstvoll gestaltet sind.

te Investoren, als Investment für Sammlungen oder Museen.

Die Sonderausstellung «kunst.macht.geld» des Schweizer Finanzmuseums sieht auf den ersten Blick aus wie eine Kunstausstellung. Leinwände, wo man hindurchschaut. Im Fokus der Ausstellung stehen aber Markt, Macht und Geld. Denn Kunst ist nicht nur reine Ästhetik, weshalb das Scheinwerferlicht der Sonder-

«Viele physische Wertpapiere dienen nicht nur als Finanzdokumente, sondern waren zugleich kunstvolle Werbeträger.»

Die traditionellen Wertpapiere mussten fälschungssicher angefertigt, geschützt aufbewahrt und bei Ablauf der Gültigkeit entwertet werden. An einer Station des Museums sind daher Werkzeuge, Objekte und Sicherheitssysteme der vordigitalen Ära zugänglich gemacht, welche durch die fortschreitende Entmaterialisierung des Zahlungsverkehrs ihren Zweck verloren haben.

Kunst macht Geld

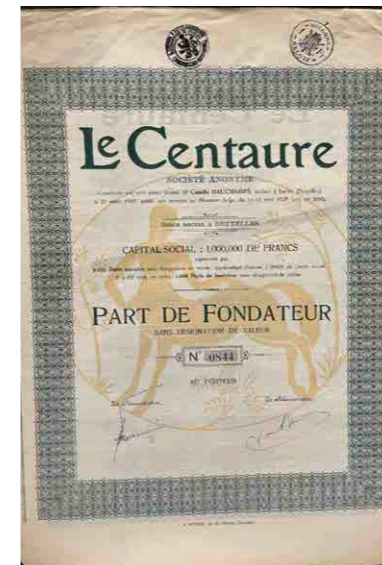
Kunst ist weit mehr als Ästhetik: Ob als Anlage für Investierende, Teil von Sammlungen oder als Museumsstücke, Kunst hat eine intrinsische und materielle Wertigkeit – und zwar mit enormen Summen. Kunst hat auf diversen Ebenen mit Geld zu tun: beispielsweise als Anlagevehikel für priva-

te Investoren, als Investment für Sammlungen oder Museen.

Die Ausstellung beleuchtet die Verflechtungen von Kunst und Finanzen und deren Entwicklung – insbesondere der Malerei – sowie die Parallelen zwischen Kunstmarkt und Börse. Doch der Kunstmarkt birgt auch Schattenseiten: Im Gegensatz zum Finanzmarkt ist er weitgehend unreguliert und darum der Kritik von Steuerhinterziehung und Geldwäsche ausgesetzt. Die Ausstellung wirft zudem einen Blick auf wichtige Trends der vergangenen Jahre, unter anderem die Digitalisierung und die Tokenisierung des Marktes. (M.G.)

Hier mehr zum Thema

www.finanzmuseum.ch/de/home.html



Von links: Obligation der Kunstlergesellschaft in Zürich (1858), eine preussische Bergbau-Aktie (1858) und eine Aktie einer portugiesischen Keramikfabrik.

Aktie der Galerie Le Centaure in Brüssel (1927), des Club Med in Frankreich (1959) sowie eine neuere, eher trockene Bankaktie der Lehman Brothers (2008).

«Wir können kein Powerplay machen»

Professor Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik in Luzern, spricht im Interview mit der «Aargauer Wirtschaft» über den unterschätzten staatlichen Fussabdruck, die Regulierungsdynamik und die Rolle der Schweiz im Zollstreit.

Interview

Mathias Küng,
Aargauer Wirtschaft

Christoph Schaltegger, in der Schweiz bilden wir uns etwas darauf ein, dass unsere Staatsquote tiefer ist als in umliegenden Ländern. Sie sagen aber, der staatliche Fussabdruck sei grösser, als wir dächten. Wie kommen Sie darauf?

Christoph Schaltegger: Wir stehen im Moment tatsächlich besser da als viele andere, insbesondere unsere europäischen Nachbarländer. Das ist natürlich schmeichelhaft. Doch wir vergleichen uns sehr oft mit Ländern, die grössere finanzielle Probleme haben. Dieser Vergleich ist jedoch nicht sehr fair.

Was wäre also fair?

Schaltegger: Wenn wir uns mit skandinavischen Ländern vergleichen, sieht es viel weniger rosig aus. Diese haben in den Neunzigerjahren vieles richtig gemacht, was sich jetzt auszahlt. Kommt hinzu, dass internationale Statistiken nur abbilden, was in der Budgetdebatte im Dezember in den eidgenössischen Räten verabschiedet wird. Das ist aber nur ein Teil davon, was Bund, Verwaltung und Magistratspersonen insgesamt verantworten, und damit auch der Steuerzahler.

Und der andere Teil?

Schaltegger: Ein Beispiel: Das Parlament beschliesst Budgetpo-

sitionen von der Infrastruktur über die Sozial- bis zur Verteidigungspolitik. Aber was beispielsweise für den Nationalstrassenfonds, für den Bahninfrastrukturfonds, für die ETH usw. ausgegeben wird, macht noch einmal etwa 50 Prozent der Gesamtausgaben aus. Zusammengezählt kommen wir also auf einen fast doppelt so grossen staatlichen Fussabdruck. Es ist wichtig, dass die Steuerzahlenden das sehen, weil sie für all das letztlich in der Verantwortung stehen, also auch für staatliche Vermögenswerte wie Post, Swisscom, SBB usw.

Was leiten Sie aus dieser Erkenntnis ab?

Schaltegger: Das zu wissen, ist deshalb wichtig, weil wir derzeit darüber sprechen, wie wir mehr Mittel für die Verteidigung freimachen können. Dafür müssen wir Prioritäten setzen und nicht nur die budgetären Spielräume ausloten. Und dafür sollten wir alle Vermögenswerte des Bundes anschauen, weil bei nicht mehr betriebsnotwendigen Vermögenswerten die Möglichkeit für Desinvestitionen besteht.

Zum Beispiel wo?

Schaltegger: Ich frage mich, ob eine derart grosse Beteiligung bei der Swisscom wirklich zwingend ist? Erst recht dann, wenn diese Firma stark im Ausland tätig ist. Es ist mir nicht klar, warum die Schweizer Steuerzahlenden in der



Professor Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik in Luzern.

Verantwortung für italienische Swisscom-Kundinnen und -Kunden stehen sollen. Wenn man diese Beteiligung zurückfahren und die dabei frei werdenden Mittel für betriebsnotwendige Ausgaben oder für die Beschaffung von Mitteln für die Verteidigung einsetzen würde, wäre der Fächer an Möglichkeiten noch einmal viel breiter.

Aber Verteidigung ist doch eine Kernaufgabe des Staats, die er mit dem Budget finanzieren muss.

Schaltegger: Der Bund reguliert den Infrastrukturmarkt. Das bedeutet jedoch nicht, dass er Assets wie Post, Swisscom usw. deswegen besitzen muss. Er reguliert ja auch den Finanzmarkt, ohne dass er sich an den Finanzinstituten beteiligt. Das zeigt, er kann Regulator sein und die Spiel-

regeln festsetzen, ohne dass er selbst Eigentümer ist. Vielleicht ist es sogar besser, wenn diese Rollen sauber getrennt sind, weil Eigentümer und Regulator unterschiedliche Ziele verfolgen.

Für die Aufrüstung stehen noch andere Vorschläge im Raum. Zum Beispiel eine nationale Vermögenssteuer oder eine höhere Mehrwertsteuer.

Schaltegger: Sie haben es vorhin richtig gesagt. Der Staat muss seinen Kernauftrag mit den Mitteln bestreiten, die ihm die Steuerzahlenden zur Verfügung stellen. Wenn er das nicht kann, muss man sich fragen, ob er das Richtige tut. Die Gewährleistung von Sicherheit kann man nicht auslagern, kann man nicht nebenbei temporär finanzieren. Dafür muss das Parlament im Budget die nötigen Freiräume schaffen.

Aber wie?

Schaltegger: Die Sozialausgaben wachsen um 3,5 Prozent pro Jahr – weit mehr als die Wirtschafts-

leistung. Wenn wir die Verteidigung ernst nehmen, müssen wir das Wachstum des Sozialstaats in Bahnen bringen, dank denen der Staat den Kernauftrag der Verteidigung erfüllen kann. Gleichzeitig können wir Rüstungsgüter durch den Verkauf von Vermögenswerten finanzieren. Vergessen wir nicht, es geht hier um zusätzliche 31 Milliarden Franken.

Wie gewinnt das Parlament konkret die nötigen Freiräume?

Schaltegger: Das Bundesbudget beträgt rund 90 Milliarden Franken, jedes Jahr steigt es um mindestens zwei Prozent. Diese Spielräume kann man also problemlos schaffen, derweil eine nationale Vermögenssteuer oder eine höhere Mehrwertsteuer nicht sinnvoll wäre.

Warum nicht?

Schaltegger: Die Erbschaftsteuerinitiative wurde auf Bundesebene deutlich abgelehnt, weil sie als problematisch erachtet wird. Wenn wir zur kantonalen

noch eine nationale Vermögenssteuer aufsatteln würden, wäre das noch problematischer. Denn hier geht es nicht um das Erbe Verstorbener, sondern um Substanzsteuern von Lebenden, die diese unabhängig von der Ertragslage jedes Jahr zahlen müssten. Massive Ausweichreaktionen könnten die Folge sein. Die Gefahr bestünde, den Standort Schweiz zu schädigen.

dagegen niemand das Referendum ergreifen kann.

Was also würden Sie tun?

Schaltegger: Ich bin ein grosser Anhänger von Sunset Legislation, also von Gesetzen mit Ablaufdatum. Das passt zur Schweiz. Wir haben auch bereits einige Erfahrungen. Die Finanzordnung hatte ja immer ein Ablaufdatum. Gewiss wurde sie stets erneuert. Gleich-

«Ich bin ein grosser Anhänger von Gesetzen mit Ablaufdatum»

Christoph Schaltegger

Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik, Luzern

Sie haben das schnelle Wachstum des Sozialstaats angesprochen. Wir leisten uns sogar eine 13. AHV-Rente. Fehlt es am Problembewusstsein?

Schaltegger: Manche sagen, die Menschen verstünden die Zeichen der Zeit nicht. Meine Erfahrung – und das sehe ich auch in der Literatur – ist eher das Gegenteil. Demokratien sind dann sehr reformfähig, wenn der Problemdruck und damit der Handlungsbedarf offensichtlich sind. Dann sind die Menschen meist sogar viel reformfreudiger als das politische Personal. Mein Vertrauen in die Bevölkerung ist intakt, dass sie bei offensichtlichem Handlungsbedarf die entsprechenden Spielräume schafft.

Sie zeigen in einer beeindruckenden Grafik, dass wir nicht eine Gesetzeslawine haben, sondern eine bei Verordnungen. Wie stoppen wir diese? Benötigt es eine Sunset Legislation oder einen «Frühjahrsputz» für Gesetze, wie es Nationalrat Thomas Burgherr vorschlägt? Oder wo würden Sie ansetzen?

Schaltegger: Sehen Sie, in der Budgetdebatte im Dezember wird Finanzpolitik gemacht, Regulierungspolitik findet aber von Januar bis Dezember statt. Oft ist die Finanzpolitik dann nur das Resultat eines eigentlichen Regulierungstunamis. Verordnungen sind zudem in der ganzen Regulierungsdynamik demokratisch am schlechtesten legitimiert, weil

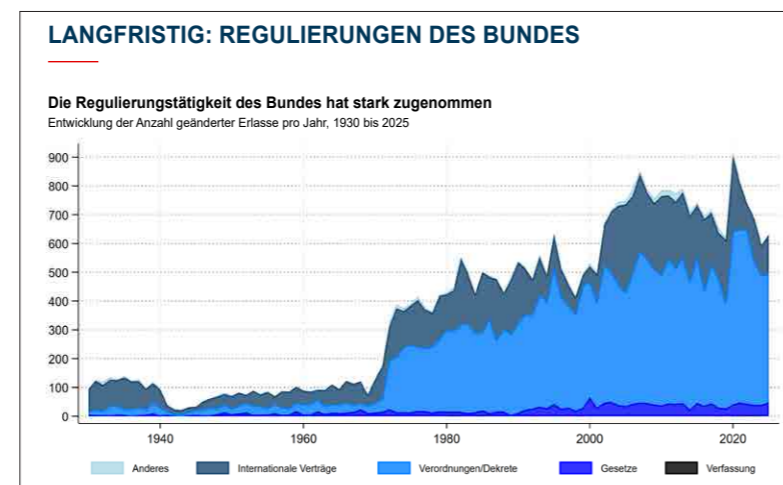
wohl ist es nicht unnötig, darüber abzustimmen. Der ständige Rechtfertigungsdruck ist eben heilsam.

Wir stehen vor sehr grossen Herausforderungen. Einige Stichworte: Zollstreit mit den USA, Iran-Krieg, in der Folge wieder steigende Energiepreise, Ukraine-Krieg seit 2022. Was bedeuten diese geopolitischen Verwerfungen für die Schweiz?

Schaltegger: In einer solch unsicheren Zeit wird das, was die Schweiz ausmacht, noch wichtiger: Planbarkeit, Sicherheit, Zuverlässigkeit, Kleinheit im Sinne von «unter dem Radar der grossen Mächte fliegen», dass wir uns nicht überall einmischen, nicht überall Noten verteilen und moralische Wertungen vornehmen. Das wird wieder geschätzt. Die Schweiz war in schwierigen Zeiten schon immer ein sicherer Hafen. Das ist sie jetzt wieder. Menschen, die etwas zu verlieren haben – oft sind es Vermögende – suchen in solchen Zeiten vermehrt die Schweiz auf.

«Unter dem Radar zu fliegen» ist bei Donald Trump aber schwierig. Er scheint die Schweiz auf dem Kieler zu haben.

Schaltegger: Wir können kein Powerplay machen, um Donald Trump zu beeindrucken. Wir müssen einfach damit leben, dass er gelegentlich nicht nur den anderen Ländern, sondern ebenso der Schweiz nicht nur freundschaftlich begegnet. Das gilt es auszuhalten. ■



Regulierungswut: Gerade bei den Verordnungen ist die Zahl in den letzten Jahrzehnten explodiert. Quelle: Lüchinger & Schelker (2016), aktualisiert bis 2025

Zurückhaltung statt Optimismus

Zürcher KMU verlieren ihren Optimismus merklich: Aktuell beurteilen 60 Prozent der Betriebe ihre Lage als positiv – 2025 waren es noch 64 Prozent. Auch der Blick nach vorne fällt gedämpfter aus. Doch nicht alle Branchen stecken den Kopf in den Sand: Für Lichtblicke sorgen Bau und Dienstleistungen.

Mark Gasser

Die Zürcher Wirtschaft läuft nicht schlecht. Aber sie läuft längst nicht mehr so rund wie noch vor wenigen Jahren. Das zeigt die aktuelle Ausgabe des «KMU ZH Monitor», für den die ZHAW im Auftrag der Zürcher Kantonalbank mehr als 1280 Unternehmen befragt hat. Das Ergebnis: Die Stimmung in den kleinen und mittleren Unternehmen hat sich erneut eingetrübt – und der langjährige Optimismus bröckelt.

Zwar beurteilen noch immer sechs von zehn Zürcher KMU ihre Geschäftslage als gut. Doch der Trend zeigt seit mehreren Jahren nach unten. Aktuell beurteilen 60 Prozent der Betriebe ihre Lage als positiv – 2025 waren es noch 64 Prozent. Noch deutlicher wird die Verunsicherung beim Blick in die Zukunft: Immer weniger Unternehmen rechnen mit steigenden Umsätzen oder besseren Margen. Der Anteil der KMU, die eine positive Geschäftsentwicklung erwarten, sank im Vorjahresvergleich von 70 auf 64 Prozent. Insbesondere die Erwartung steigender Umsätze brach 2022 von 41 Prozent ein auf nur noch 12 Prozent.

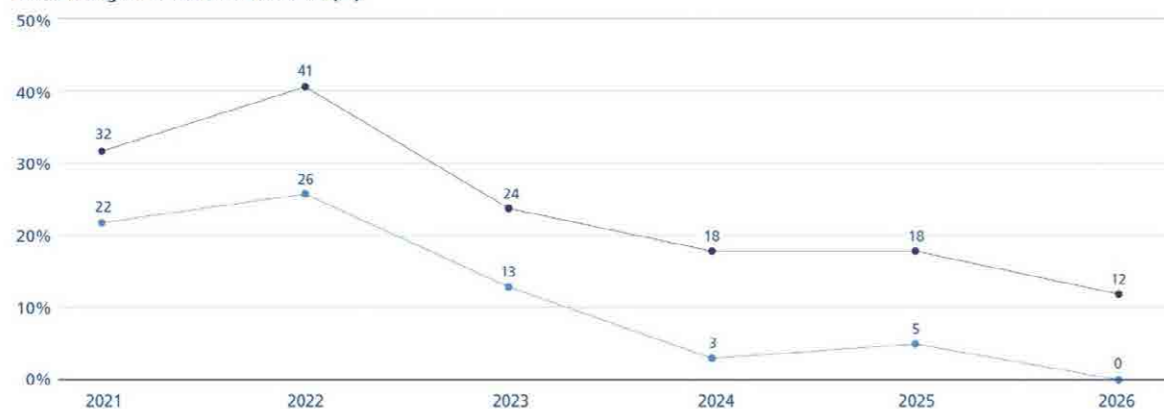
Während 2022 noch viele Betriebe von Wachstum ausgingen, halten sich heute positive und negative Erwartungen fast die Waage. Besonders spürbar sind die Folgen auf dem Arbeitsmarkt. Zwar planen weiterhin mehr KMU einen Stellenaufbau als einen Stellenabbau. Der Vorsprung ist jedoch stark geschrumpft. Die Zeit des grossen Personalhungers scheint vorerst vorbei zu sein.

Gleichzeitig verschieben sich die Sorgen der Unternehmerinnen und Unternehmer. Jahrelang galt der Fachkräftemangel als grösste Herausforderung. Nun verliert dieses Thema deutlich an Brisanz. Stattdessen macht vielen Betrieben etwas anderes zu schaffen: Es fehlen die Kunden.

Rund ein Drittel der Zürcher KMU klagt inzwischen über eine

Umsatz- und Margenentwicklung schwächen sich ab

Anteil «steigen» minus Anteil «sinken» (%)



■ Entwicklung Marge
■ Entwicklung Umsatz

Umsatz- und Margenentwicklung

Prozentpunkte aus Antworten «steigen» und «deutlich steigen» minus «sinken» und «deutlich sinken» für die Fragen: «Unser Umsatz für das laufende Geschäftsjahr wird voraussichtlich» und «Unsere Gewinnmarge (Reingewinn im Verhältnis zum Umsatz) für das laufende Geschäftsjahr wird voraussichtlich».
Basis: 2021: N=310 | 2022: N=350 | 2023: N=728 | 2024: N=730 | 2025: N=1'187 | 2026: N=1'268

Sowohl die Einschätzungen der KMU zu Umsatz als auch zu Marge sind sinkend.

Grafik ZKB

zu schwache Nachfrage – doppelt so viele wie noch vor drei Jahren. Entsprechend gewinnt die Kundenakquise an Bedeutung und gehört mittlerweile zu den grössten Herausforderungen im Geschäftsalltag. Ganz oben auf der Sorgenliste stehen allerdings weiterhin Vorschriften und Regulierungen. Ebenfalls stark beschäftigt die Unternehmen das Thema «Digitalisierung und künstliche Intelligenz», insbesondere kleinere Betriebe.

Druck auf Industrie und Handel

Die Studie zeigt jedoch auch, dass von einer einheitlichen KMU-Lage keine Rede sein kann. Zwischen den Branchen klaffen die Unterschiede weit auseinander. Am stärksten unter Druck stehen Industrie und Handel. In der Industrie beurteilt nur noch knapp jedes dritte Unternehmen seine Geschäftslage positiv. Viele Betriebe kämpfen mit sinkenden Margen, zurückhaltenden Kunden und fehlenden Aufträgen. Hinzu kommt der starke Schweizer Franken, der exportorientierte Unternehmen zusätzlich belastet. Auch der Handel leidet unter schwacher Nachfrage und zunehmendem Wettbewerbsdruck.

Ganz anders präsentiert sich die Lage auf den Baustellen und in grossen Teilen des Dienstleistungssektors. Im Bereich Bau und Architektur bewerten sieben von zehn Unternehmen ihre Geschäftslage als gut – ein Spitzenwert im Branchenvergleich. Auch wirtschaftliche und soziale Dienstleistungen bleiben mehrheitlich optimistisch und rechnen weiter mit steigenden Umsätzen.

Die Herausforderungen unterscheiden sich dabei deutlich: Während Baufirmen nach wie vor händeringend Personal suchen, beschäftigt Dienstleistungsunternehmen vor allem die digitale Transformation. Künstliche Intelligenz und neue Technologien werden dort häufiger als Problem und Chance zugleich wahrgenommen. Der «KMU ZH Monitor 2026» zeichnet damit das Bild einer Wirtschaft im Übergang. Die grossen Krisenängste früherer Jahre sind zwar ausgeblieben, doch der Wachstumsoptimismus wich einer vorsichtigen Zurückhaltung. Die Unternehmen suchen weniger Mitarbeitende – und dafür umso häufiger neue Kunden.

Für den Wirtschaftsstandort Zürich ist das ein wichtiges Si-

gnal. Die KMU stellen fast drei Viertel aller Arbeitsplätze im Kanton und bilden das Rückgrat der regionalen Wirtschaft. Wenn ihre Zuversicht schwindet, lohnt es sich, genau hinzuschauen. Noch ist die Stimmung mehrheitlich positiv. Doch der Trend zeigt in eine andere Richtung.

INFO

«KMU ZH Monitor»: die wichtigsten Ergebnisse

- Die sechste Ausgabe «KMU ZH Monitor» der Zürcher Kantonalbank zeigt eine deutlich verschlechterte Stimmung bei Zürcher KMU.
- Immer weniger Betriebe rechnen mit Umsatz- und Margenwachstum.
- Grosse Unterschiede zwischen Branchen: In der Branche Bau/Architektur schätzen 70 Prozent die Geschäftslage positiv ein, in der Industrie lediglich 30.
- Trendwende bei Herausforderungen: Personalmangel verliert an Bedeutung, schwache Nachfrage macht mehr Sorgen.

Deutliches Nein zu linken Wohnexperimenten

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat die beiden linken Wohninitiativen verworfen. Damit setzt sie ein klares Zeichen gegen zusätzliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Der KGV ist erfreut über dieses deutliche Verdikt. Besonders die Wohnschutz-Initiative hätte gravierende negative Folgen für das Baugewerbe gehabt.

Die Zürcher Stimmbevölkerung erteilte am 14. Juni zusätzlichen Staatseingriffen auf dem Wohnungsmarkt eine klare Absage. Mit dem Nein zur Wohnungsinitiative wird eine staatliche Wohnbaugenossenschaft verhindert, die keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen hätte: Staatliches Bauen dauert erfahrungsgemäss länger und kostet mehr.

Besonders das Nein zur Wohnschutz-Initiative ist ein wichtiges Signal für die KMU-Wirtschaft. Die Folgen wären weniger Wohnraum, höhere Preise und weniger Aufträge für das lokale Gewerbe gewesen – die Erfahrungen in Basel-Stadt bestätigen das.

KGV-Präsident Werner Scherrer sagt: «Die KMU-Wirtschaft ist erleichtert über das doppelte Nein. Die Wohnschutz-Initiative hätte den bereits angespannten Wohnungsmarkt zusätzlich blockiert: Sanierungen wären erschwert, Investitionen gebremst und damit auch Aufträge für viele KMU gefährdet worden.» Mit den Gegenvorschlägen kann der KGV als Kompromiss leben. KGV-Geschäftsführer Thomas Hess sagt: «Das Nein zu den Initiativen verhindert Schlimmeres. Jetzt braucht es aber Tempo: Der Regierungsrat muss den Wohnungsbau beschleunigen, Verfahren digitalisieren und unnötige Regulierungen

abbauen. Wer mehr bezahlbaren Wohnraum will, muss Bauen ermöglichen statt verhindern.»

«Das Nein zu den Initiativen verhindert Schlimmeres.»

Thomas Hess
Geschäftsführer KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich

Auch die Zürcher Handelskammer begrüsst das «Nein» zum zusätzlichen Staats-Interventionismus auf dem Wohnungsmarkt.

Raphaël Tschanz, Direktor der Zürcher Handelskammer, sagt dazu: «Das deutliche Nein zu den

beiden Initiativen ist erfreulich und zeigt, dass sich die Zürcherinnen und Zürcher nicht auf wohnpolitische Experimente einlassen wollen, die bereits in Basel-Stadt und in Genf gescheitert sind. Mehr preiswerter Wohnraum entsteht nur, indem man das Bauen vereinfacht und beschleunigt. Dort muss nun angesetzt werden.» Das Ja zum Gegenvorschlag zur Wohnschutz-Initiative schaffe für unvermeidliche Wohnungskündigungen klare Regeln, Sorge für Transparenz und stärke die Unterstützung der Mieter. Nötige Anreize für Investitionen, Ersatzneubauten und die Schaffung von neuem Wohnraum bleiben intakt. (ZW)

sgv: «Wichtiges Zeichen für Versorgungssicherheit»

Der Nationalrat hat den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle» (Black-out stoppen) Mitte Juni angenommen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst den Entscheid des Parlaments: Mit der Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke stärke der Rat die Technologieoffenheit und schaffe die Grundlage für eine langfristig sichere Stromversorgung. Gleichzeitig weist der sgv darauf hin, dass die gesetzlichen Hürden für eine Rahmenbewilligung weiterhin sehr hoch bleiben.

Mit dem positiven Entscheid sowohl des National- als auch des Ständerates zum indirekten Gegenvorschlag wird ein wichtiges Signal zur Versorgungssicherheit ausgesendet. «Sichere Stromversorgung heisst: Gegenüber allen Technologien offen zu sein. CO₂-freie Technologien der Kernkraft gehören dazu», sagt Urs Furrer, sgv-Direktor. Die Schweizer Wirt-

schaft benötige angesichts der fortschreitenden Elektrifizierung zusätzliche Produktionskapazitäten.

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Rahmenbewilligung bleiben umfassend und anspruchsvoll. «Die Schweiz verfügt auch nach der Annahme des Gegenvorschlags über eines der strengsten Bewilligungsregime weltweit», sagt Fabio Regazzi, Präsident des sgv. Der Verband erwartet deshalb, dass die politische Debatte künftig nicht mehr um pauschale Verbote geführt wird, sondern um die Frage, ob konkrete Projekte die hohen gesetzlichen Anforderungen erfüllen können.

Die Technologieoffenheit ist damit wiederhergestellt. «Wer jedoch glaubt, damit würden neue Kernkraftwerke automatisch Realität, verkennt die zahlreichen gesetzlichen Voraussetzungen und die langen Bewilligungsverfahren», relativiert Urs Furrer. (ZW)

Anzeige



Unsere Mitglieder stehen für Qualität.

TREUHAND | SUISSE

www.treuhanduisse-zh.ch
Schweizerischer Treuhänderverband
Sektion Zürich



KGV: Verband zu Gast in Wallisellen

An der Generalversammlung des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich (KGV) in Wallisellen waren Erfolge gegen die Regulierungswut des Staates, Wahlen und Wohnpolitik Thema.

Mark Gasser

Urs Remund, Präsident des Bezirksgewerbeverbandes Bülach, begrüßte die rund 200 Präsidentinnen und Präsidenten, Sponsoren und Partner aus Politik und Wirtschaft im Saal des Restaurants zum Doktorhaus in Wallisellen: Er verwies auf die schönen Stadtkerne in Bülach und Eglisau, auf die Gastgemeinde Wallisellen, die auch Teil der Agglomeration Zürich ist. «Der Flughafen ist aber unser Wirtschaftsmotor und wichtiger Arbeitgeber im Bezirk.» Viele Unternehmen hätten dank des Flughafens Arbeit und Aufträge. «Die Akzeptanz des Flughafens in der Bevölkerung ist entgegen von Meinungen vieler Zeitungen viel grösser, als es scheint.»

Das Gewerbe – gerade im Raserfeld – sei durch die Grenznähe herausgefordert: Einkaufstouristen und Verkehrsbelastung seien Dauerthemen. «Darum macht sich der BGVB zusammen mit betroffenen Gemeinden aktiv für die längst notwendige Umfahrung stark», so Remund.

Remo Gaus, Stadtrat und Schulpräsident in Wallisellen und selber Unternehmer, begrüßte den Saal seitens der Stadt mit etwas Eishockeyromantik. Die Schweizer Nati habe an der Heim-WM gezeigt, was möglich sei, wenn man Teamgeist entwickle, gemeinsam Verantwortung übernehme und füreinander kämpfe. «Genau diese Eigenschaften zeichnen auch uns als KMU aus.»

Wie im Sport entstünden die grossen Erfolge nicht durch Einzelleistungen, sondern durch einen guten Teamgeist.

KGV-Präsident Werner Scherrer begrüßte das Publikum, darunter zahlreiche Kantons- und Nationalräte. Er nannte den jährlichen Mitgliederbeitrag von 90 Franken an den KGV «eine faire Angelegenheit» und nannte auch ein Beispiel für eine erfolgreiche politische Intervention auf Bundesebene: Neu tritt endlich die vom Gewerbe seit langem politisch geforderte Regulierungsbremse in Kraft. Der Bundesrat will nun eine Regulierungskostenabschätzungsstelle schaffen – welche den Aufwand von KMU transparent machen soll.

«Nicole war die Speerspitze unseres Verbands in der Stadt, Stichworte: Parkplatzsituation, Velorouten, Abbau von Autospuren.»

Werner Scherrer

Präsident KGV zum Abgang von Vizepräsidentin Nicole Barandun

Gesamterneuerungswahlen

Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen wurden die bisherigen Vertreter der Berufsverbände bestätigt sowie Irene Meli und René Studer neu in den erweiterten Vorstand gewählt. Meli tritt in die Fussstapfen von Peter Doderer. Sie hatte bereits auch das Präsidium von Doderer des Zürcher Malerunternehmer-Verbandes VZMU übernommen. René Studer ist als Co-Präsident von der Swissmechanic, Sektion Zürich, Nachfolger von Dominik Fischer.

Weiter standen die Mitglieder des Vorstandsausschusses zur Wahl. Zur Wahl standen die Vertreter der Bezirksverbände, darunter sechs Bisherige. Neu ins Gremium gewählt wurden Paul von Euw, Kantonsrat SVP und

Ende Juni aus ihrem GVZ-Präsidium und dem KGV-Ausschuss ausscheidet: «Sie war die Speerspitze unseres Verbands in der Stadt, Stichworte: Parkplatzsituation, Velorouten, Abbau von Autospuren... es gibt viele solcher Geschichten. Wir haben grossen Respekt, dass du den Job in der Stadt gemacht hast. Denn wenn in Zürich etwas passiert, hat das meistens Ausstrahlung gegen aussen.»

Regulierungswut bremsen

sgv-Direktor Urs Furrer stellte die neue Verbandsstrategie 2026–2030 «mehr Unternehmertum, weniger Staat und Bürokratie» vor. Im Zentrum steht unverändert das «Kerngeschäft», der Abbau von Regulierungskosten sowie eine geplante KMU-Regulierungskostenbremse: Die Regulierungskosten werden auf 10 Prozent des BIP oder 70–80 Milliarden Franken jährlich geschätzt, das Einsparpotenzial allein durch Effizienzsteigerung sei geschätzte 30 Milliarden.

Um das Ziel zu erreichen, trat 2024 das sogenannte Unternehm-

mentlastungsgesetz in Kraft. «Es gibt Handlungsanweisungen an die Verwaltung, den Gesetzgeber und den Vollzug, um die Regulierungswut einzuschränken.» Beispielsweise: In Gesetzen und Verordnungen muss eine einfache Sprache angewendet werden. Das Unternehmenslastungsgesetz sieht konkret zudem vor, dass das SECO jedes Jahr einen Bereich untersucht und beleuchtet, wo Bürokratiekosten reduziert werden können.

Auch von einem ganz aktuellen Erfolg konnte Furrer berichten: Die per Motion geforderte neutrale Schätzung von Regulierungskosten durch eine unabhängige Stelle ist nun mit der Verabschiedung lanciert worden. Mit einer weiteren Motion wurde der Bundesrat nun verbindlich beauftragt, eine Vorlage für eine KMU-Regulierungskostenbremse auszuarbeiten, welche wiederum auf Zahlen der unabhängigen Regulierungskostenberechnung basiert



Die Generalversammlung im Saal des «Doktorhaus» in Wallisellen war geprägt von Wahlen, Wohnpolitik und Regulierungswut des Staates.

Bilder André Springer



sgv-Direktor Urs Furrer stellte die Verbandsstrategie vor, sechs Vorstands- und Ausschussmitglieder wurden verdankt. Danach blieb Zeit fürs obligate «Gesellige».



(Seite 20). Wenn die Kosten einer vorgeschlagenen Regulierung einen bestimmten Wert überschreiten, dann tritt diese in Kraft. «Es ist noch nicht im trockenen, aber wir bleiben dran».

Eine weitere Forderung (One-Stop-Shop-Vorstoss) an die Verwaltung: Sie soll koordinierend den Gang durch die Ämter erleichtern – kunden- und wirtschaftsorientiert.

Zum Alltagsgeschäft des sgv gehöre auch nach dem Motto «Kleinvieh macht auch Mist» die Bekämpfung von Regulierung und Bürokratie auf der Geschäftsstelle. So etwa die Nachhaltigkeitsberichterstattung – die am Ende zu 70 Prozent auf den KMU und nicht Grossunternehmen lastet.

Als Erfolg wertete Furrer zudem die Revision des Berufsbildungsgesetzes mit den neuen Titeln Professional Bachelor und Professional Master.

Wirtschaftspolitik: Hier gilt, vereinfacht gesagt, die Lösung: mehr GMV (gesunder Menschenverstand), weniger «Nanny State». Das gelte auch bei Finanzdienstleistungen, bei denen Regulierungen die Kunden belasteten. Zur Wirtschaftspolitik gehört auch das neue EU-Vertragspaket. Die Gewerkekammer, das Parlament des sgv, verabschiedete die Vernehmlassungsantwort im Oktober 2025. «Wir haben eine konstruktiv-kritische Haltung. Die Türe ist nicht zu, aber gewisse Bedingungen müssen erfüllt sein.» So sollen die KMU-Bürokratiekosten im Blick behalten werden, konkret: Es soll keine EU-Bürokratie importiert werden, weiter geht es um die Kosten der öffentlichen Hand, die Stärkung der Bun-

INFO

Rechnung und Budget

KGV-Geschäftsführer Thomas Hess stieg mit einer positiven Meldung zu den Finanzen ein: «Wir sind zwar im Doktorhaus, aber das ist gar nicht nötig: Wir sind ja kerngesund.» Der KGV präsentierte gesunde Finanzen. Bei einem Ertrag von 1,29 Mio. Franken resultierte ein Gewinn von 153 000 Franken. Rechnung, Budget und Mitgliederbeitrag von 90 Franken wurden genehmigt.

desverwaltung und die eingeschränkte Mitbestimmung. Vorbehaltlich der Prüfung, ob die Bedingungen erfüllt sind, werde die Gewerkekammer zustimmen.

Im Zuge der Zolldiskussionen hat das Institut für geistiges Eigentum die Auflagen für «Swissness» gelockert – was die Exklusivität von in der Schweiz produzierten Produkten unvermeidlich reduziert. «Dagegen wehren wir uns», so Furrer.

Lessons learned aus Basel

Zum Schluss warnte Hansjörg Wilde, Präsident Gewerbeverband Basel-Stadt, vor den Folgen von Wohnschutzgesetzen. Erfahrungen aus Basel hätten gezeigt, dass Renovationstätigkeit und Investitionen zurückgehen können, ohne dass die Mieten sinken. Er plädierte für ein Nein und eine Mobilisierung gegen die beiden Zürcher Wohninitiativen. Letztlich trauten auch die Zürcher Stimmberechtigten der Mogelpackung nicht: Beide Vorlagen wurden am 14. Juni bekanntlich abgelehnt.

«Der liberale Gemeinsinn bröckelt»

Mit Daten, Abstimmungsanalysen und gesellschaftspolitischen Trends zeichnete Michael Hermann vor den Gönnern des Fördervereins des KGV ein Bild der aktuellen politischen Befindlichkeit der Schweiz. Im Zentrum standen Fragen rund um Zuwanderung, Wohnungsknappheit und die Karriere des Phänomens «Dichtestress».

Mark Gasser

Politologe und Politanalyst Michael Hermann sprach am Frühlingsanlass des KGV-Fördervereins für eine starke Zürcher KMU-Wirtschaft im Zunfthaus Zur Meisen am 26. Mai über gesellschaftliche und politische Entwicklungen in der Schweiz, insbesondere über Abstimmungstrends, die Wahrnehmung von Zuwanderung und Verdichtung sowie deren Zusammenhang mit Wohnungsmarkt und Zufriedenheit der Bevölkerung.

Auch Hermanns Unternehmen ist mit 15 Mitarbeitenden ein KMU oder, wie es Robert Gubler, Präsident des Fördervereins, bezeichnete, «eine kleine Marktforschungsfabrik». Erstmals mit Hermann in Kontakt kamen kantonale Verbände um Gewerbe und Wirtschaft, vereint im Forum Zürich, vor rund zehn Jahren. Gubler stellte dabei auch Ziele und Zweck des vor einem Jahr gegründeten Fördervereins vor: Ein Grossteil der Mitgliedsbeiträge fliesst in die Verstärkung politischer Kampagnen im Kanton Zürich. Und dafür braucht es nicht zuletzt Wissen über Trends, Umfragen und Analysen der politischen Landschaft, die man gerne beackern oder im Extremfall «umpflügen» will.

Der Wahlkampf (2027 ist auf Ebene Kanton und Bund Wahljahr) sei schon gestartet, leitete Gubler zum eigentlichen Referat über –, das sinnigerweise betitelt war mit «Hektik der Wahljahre – Potenziale für die KMU-Wirtschaft».

Hermann begann mit den bevorstehenden Wohnschutz-Initiativen und präsentierte Daten aus dem «Stadt-Land-Monitor» der fenaco: 86 Prozent der Befragten sind demnach mit ihrer Lebensqualität zufrieden. Auffällig sei jedoch, dass stagnierende oder schrumpfende Gemeinden ihre Entwicklung deutlich negativer bewerten als wachsende – besonders beim Wohn- und Gastroange-



Michael Hermann zeigte mit Daten politische Befindlichkeiten zu Fragen wie Immigration und Wohnen auf. Bild M.G.

bot. Sein Fazit: Wachstum bringt Herausforderungen, aber auch Problemlösungskapazität, während Stagnation eher zu Abbau zentraler Strukturen führt. «Stagnation ist viel schwieriger zu managen als Wachstum.» Eine Beobachtung, die zudem auch die ländliche Schweiz zunehmend

«Wenn die Initiative zur 10-Millionen-Schweiz angenommen wird, werden sie sich in Bern nicht auf Massnahmen einigen können.»

Michael Hermann

Politologe und Leiter des Forschungsinstituts Sotomo

trifft: Das Dorf verliert jene Ankerpunkte, die es überhaupt zu einem Dorf machten: die Beiz, die Post, den Laden.

Während in derselben Umfrage das Wachstum schweizweit negativ beurteilt wurde, wurde das Wachstum in der eigenen Gemeinde weniger kritisch gesehen. Daher werde clever operiert mit dem Szenario der 10-Millionen-Grenze: «Die Menschen haben viel mehr Angst vor dieser Zahl

als davor, was bei ihnen in der Gemeinde passiert», so Hermann.

Zuwanderung

Zur Zuwanderung meinte Hermann mit Blick auf vergangene Abstimmungen, dass Debatten über «Dichtestress» abgeflaut seien, obwohl die Bevölkerung stark ge-

wachsen ist. Heute werde Wachstum wieder stärker thematisiert, insbesondere im Zusammenhang mit der «10-Millionen-Schweiz». Die Bevölkerung habe zwar eine ideale Grösse im Kopf (8,3 Millionen), rechne aber mit weiterem Wachstum (10,8 Mio. bis 2050) – ein Spannungsfeld zwischen Erwartungen und Realität. Angst entstehe weniger aus direkter Erfahrung als aus Wahrnehmung und politischer Kommunikation.

Auch Abstimmungsmuster seien volatil: Während die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, aber nicht umgesetzt wurde, scheiterte die Begrenzungsinitiative klar. Allerdings forderte Letztere explizit eine Kündigung der EU-Personenfreizügigkeit bei einer Nicht-Einigung über Beschränkungen, Erstere war eher abstrakt und steuernd über Kontingente statt konfrontativ und konkret. Dennoch: Migrationsthemen folgten eigenen Dynamiken, stark beeinflusst von Wohnungsmarkt- und Lohndruck sowie medialer Aufmerksamkeit. Hermann schloss dann die Analyse der Migrationsdebatte mit der Prognose: «Wenn die Initiative zur 10-Millionen-Schweiz angenommen wird, werden sie sich in Bern nicht auf Massnahmen einigen können.»

Sozialismus aus der Wirtschaft

Dass Vorlagen wie zusätzliche Ferien keine Chance hatten an der Urne, leitet Hermann von einem der Wirtschaft innewohnenden «liberalen Gemeinsinn» ab: «Die Schweiz hat traditionell die ge-

ringsten Lohnunterschiede vor Steuern – neben Südkorea. Wir leben sozusagen Sozialismus aus der Wirtschaft heraus. Im Gegensatz zu skandinavischen Ländern, da wird nachher umverteilt.»

Allerdings bröckle dieser «Gemeinsinn» seit einigen Jahrzehnten. Swiss-born-Manager wie Ospel (Swissair) und Vasella hätten die amerikanische Kapitalismuskultur auf die Schweiz übertragen wollen. «Ab da war der informelle Vertrag etwas angekratzt.» Diese Tendenz habe bereits in den 1990er-Jahren ihren Ursprung gehabt. «Selbst bei der FDP ist Deregulierung nicht mehr so hip wie damals.» Die Schweizer stünden zwar immer noch für mehr Wettbewerb und weniger staatliche Kontrolle. «Aber die Tendenz erodiert und die Bereitschaft für staatliche Eingriffe wird grösser.»

Dieser gesellschaftliche Wandel sei auch ein globaler Trend. Im Zuge der Globalisierung und der Digitalisierung, die in liberalen Verhältnissen gewissermassen

mehr Leistungsorientierung mit sich brachten, ging auch etwas verloren: der Solidaritätsgedanke, das Mitdenken fürs Ganze, für die Wirtschaft und die Gesellschaft, habe etwas nachgelassen – was Abstimmungen bestätigten. Das Ja zur 13. AHV-Rente sei Ausdruck davon. «Erstmals in der

«Die Tendenz – mehr Wettbewerb und weniger staatliche Kontrolle – erodiert, und die Bereitschaft für staatliche Eingriffe wird grösser.»

Michael Hermann

Politologe und Leiter des Forschungsinstituts Sotomo

Geschichte wurden über eine Initiative statt über den Gesetzgeber die Sozialleistungen ausgebaut.» Diese Ich-zuerst-Mentalität hat sich seit Corona zudem verstärkt. Und während Corona wuchs der Glaube an den «omnipotenten Staat» – und mit ihm die Anspruchshaltung. «Das ist Gift fürs schweizerische Modell, das auf Masshalten und Mitdenken beruht.»

Bezeichnend sei auch die verstärkte Haltung für mehr Mieterschutz auf dem Land. Der konservative Protektionismus gegen mehr Wachstum gehe so eine unheilige Allianz (an beiden Rändern) mit einem Protektionismus für mehr Staat, mehr Eingriffe, und weniger Wettbewerb ein.

Für die Initiative «Fürschi Züri» verfasste Hermann jüngst eine Studie zu den Leerkündigungen. Es mag überraschen: In der Stadt Zürich hätten diese – entgegen der verbreiteten Wahrnehmung und den medialen Zerrbildern – eher stagniert, ganz im Gegensatz etwa zu Genf. Insgesamt bleibe die Schweiz aber stabil, dezentral und anpassungsfähig. Polarisierungen würden sich im politischen System

meist selbst korrigieren. Hypes und Wellen wie die grüne Welle rund um die «Fridays for Future» oder die Klimakleber, meinte Hermann, müsse man aussitzen: «Auch wenn es nur wenige waren, die sich inszenierten – sie haben es übertrieben. So schwang das Pendel relativ schnell wieder zurück.» Warte man den richtigen Zeitpunkt ab, dann lohne sich, «in die andere Richtung Schub zu geben».

Dezentrale Politikultur

Zum Abschluss betonte Hermann die Stärke der Schweizer Konsenskultur: Trotz Konflikten bleibe die Politik pragmatisch und fähig zur Selbstkorrektur. Beim anschliessenden Essen diskutierten die Teilnehmenden weiter über aktuelle politische Fragen. So kann man – um wieder das Dorfidyll zu bemühen – festhalten: Trotz polarisierender Diskussionen bleibt die Kirche am Ende im Dorf. Die Schweizer – das zeigen die Umfragen – sind sich dessen bewusst und springen keinem Trend allzu lange auf.

Zürcher KMU-Innovationstag

Unter dem Motto «Gemeinsam zukunftsfähig: Mut zum Experiment!» findet am 7. Juli von 8.30 bis 17 Uhr auf dem ZHdK Toni Campus der diesjährige Zürcher KMU-Innovationstag statt.

Ein Tag für neue Perspektiven: Der Zürcher KMU Innovationstag bringt Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen, um aktuelle Herausforderungen zu diskutieren, innovative Lösungsansätze kennenzulernen und wertvolle Kontakte zu knüpfen.

Im Zentrum stehen praxisnahe Impulse, Workshops und Gespräche zu Themen wie KI, Cybersecurity, Zusammenarbeit mit Start-

ups, neue Führungsmodelle, Fachkräftegewinnung, Finanzierung sowie Innovations- und Fördermöglichkeiten. Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen stehen für Fragen, Erfahrungsaustausch und konkrete Lösungsansätze zur Verfügung.

Teilnahmegebühr: CHF 120 (Kanton Zürich) CHF 180 (andere Kantone).
Veranstaltungsort: ZHdK Toni Campus, Pfingstweidstrasse 96, 8005 Zürich



Wissens- und Erfahrungsaustausch am Innovationstag 2025. Bild A. Della Bella

Anzeige



ZÜRCHER KMU INNOVATIONSTAG

Gemeinsam zukunftsfähig:
Mut zum Experiment

7. Juli 2026

08.30 bis 17.00 Uhr

ZHdK Toni Campus

Jetzt anmelden



Medienpartner




www.kmu-innotag.ch

Von der Holzspülung zum Weltkonzern

Was verbindet man mit Geberit? Für viele lautet die Antwort schlicht: Toiletten. Doch hinter dem bekannten Namen steckt weit mehr als Sanitärtechnik. Beim Anlass der KMU-Frauen Zürich erhielten die Teilnehmenden einen spannenden Einblick in die 150-jährige Erfolgsgeschichte des Schweizer Traditionsunternehmens in Jona.

Anna Birkenmeier

«Woran denken Sie, wenn Sie Geberit hören?» Die Antwort kommt prompt: «An Toiletten natürlich.» Gelächter im Raum. Der Einstieg von Hansjürg Kläsi, Leiter Geberit-Informationszentrum beim KMU-Frauen-Anlass, sitzt. Tatsächlich verbinden die meisten Menschen den Namen Geberit mit Spülkästen und Sanitäranlagen. Dabei verbirgt sich hinter dem Namen einer der erfolgreichsten Industriekonzerne der Schweiz.

Auf Einladung von Jacqueline Hofer, die den Anlass der KMU-Frauen einmal mehr mit viel Engagement organisierte, erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Blick hinter die Kulissen eines Unternehmens, das seit 150 Jahren Schweizer Industriegeschichte schreibt.

Im Informationszentrum zeichnete Hansjürg Kläsi die Entwicklung des Unternehmens nach. Die Geschichte beginnt 1874 in der Rapperswiler Altstadt, wo Caspar Gebert einen kleinen Installationsbetrieb gründete. Ab 1900 entstanden die ersten Spülkästen aus Holz – der Ausgangspunkt einer Erfolgsgeschichte.

Es folgten zahlreiche Meilensteine: die Umstellung auf Kunststoff ab 1935, die Einführung des ersten Unterputzspülkastens 1962 und der Einstieg ins Geschäft mit Dusch-WCs Ende der 1970er-Jahre. Aus dem einstigen Ein-Mann-Betrieb entwickelte sich Schritt für Schritt ein international tätiges Unternehmen.

Bis 1997 blieb Geberit in Familienbesitz, zwei Jahre später folgte der Börsengang. Heute ist das Un-



Die KMU-Frauen zu Besuch beim berühmten Toilettenhersteller.

Bild ab

ternehmen unabhängig und verfügt über keinen Mehrheitsaktionär. Mit strategischen Übernahmen wie Chicago Faucett, Mapress oder der Sanitec-Gruppe baute Geberit sein Angebot kontinuierlich aus und entwickelte sich vom Sanitärspezialisten zum Komplettanbieter für Badezimmerlösungen.

Heute beschäftigt Geberit weltweit rund 12 000 Mitarbeitende, erwirtschaftet einen Jahresumsatz von rund 3,1 Milliarden Franken und ist in über 50 Ländern vertreten. Produziert wird in 26 Werken, davon 22 in Europa. Deutschland ist der wichtigste Markt und steht für knapp einen Drittel des Umsatzes, gefolgt von der Schweiz.

Hightech hinter den Kulissen

Wie viel Technologie und Innovation hinter den Produkten steckt, zeigte anschliessend der Rundgang durch die Produktionsgesellschaft in Jona. Rico Schneider führte die Besucherinnen durch das Werk, in dem rund

400 Mitarbeitende im Dreischichtbetrieb arbeiten. Die Anlagen laufen rund um die Uhr, «die Auftragslage ist unverändert stark», erklärt Schneider.

Herzstück des Werks ist der Kunststoffspritzguss. Kunststoffgranulat wird aufgeschmolzen, in Formen gepresst und dann zu fertigen Bauteilen verarbeitet. Produziert werden unter anderem Formstücke für Abwasser- und Trinkwassersysteme sowie die bekannten Betätigungsplatten.

Beeindruckend ist dabei der hohe Automatisierungsgrad. Teilweise überwacht eine einzige Person sechs Spritzgussanlagen gleichzeitig. Auf einzelnen Maschinen entstehen pro Stunde rund 100 Betätigungsplatten. Der hohe Automatisierungsgrad sei eine Voraussetzung, um langfristig wettbewerbsfähig am Werkplatz Schweiz produzieren zu können, betont Schneider.

Für Schmutzeln sorgte ein Detail am Rande: Die Roboter tragen

allesamt Frauennamen, die Verteilwagen männliche.

Innovation bis ins Detail

Innovation zeigt sich nicht nur in der Produktion, sondern auch in den Produkten selbst. Im Bereich Trinkwasser arbeiten die Entwickler daran, Rohrsysteme so zu gestalten, dass möglichst geringe Druckverluste entstehen. Dafür kommen komplexe Verfahren wie die zweistufige Spritzgusstechnik oder die sogenannte Wendeplatztechnologie zum Einsatz.

Die Entwicklungsarbeit findet direkt in Jona statt. Insgesamt stehen dort rund 100 Spritzgussanlagen im Einsatz.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vereinfachung für Installateure. Ziel sei es, Produkte zu entwickeln, die mit möglichst wenigen Werkzeugen montiert werden können und den Arbeitsalltag auf der Baustelle erleichtern.

Auch Nachhaltigkeit spielt in der Produktion eine wichtige Rolle. Kunststoffabfälle werden dem Produktionsprozess wieder zugeführt. Das Kühlwasser zirkuliert in einem geschlossenen Kreislauf und muss lediglich einmal pro Jahr ersetzt werden.

Menschen hinter dem Erfolg

Nach dem Rundgang wurde deutlich, warum Geberit seit Jahrzehnten erfolgreich ist. Hinter Spülkästen, Rohren und Betätigungsplatten stehen Innovationskraft, hohe Fertigungstiefe und Effizienz. Gleichzeitig sind es die Menschen, die den Erfolg des Unternehmens tragen – ganz im Sinne der Geberit-Werte: Integrität, Innovation und gemeinsamer Erfolg.

Verbot von Plakatwerbung toppt alle

Zum 20. Mal hat die IG Freiheit den «Rostigen Paragraphen» vergeben für besonders absurde Regulierungen, Vorstösse und bürokratische Auswüchse. Die diesjährige Auszeichnung geht in die Stadt Zürich beziehungsweise an Gemeinderat Michael Schmid für seinen Vorstoss, Plakatwerbung im öffentlichen Raum weitgehend zu verbieten.

Das Ergebnis im öffentlichen Online-Voting zum «Rostigen Paragraphen», der zum 20. Mal von der IG Freiheit verliehen wurde, fiel überraschend klar aus. Wenig überraschend: Wieder einmal schwang die Stadt Zürich mit der absurdesten bürokratischen Forderung obenaus. Mit 57 Prozent der Stimmen setzte sich Gemeinderat Michael Schmidts Forderung, Plakatwerbung im öffentlichen Raum weitgehend zu verbieten, gegen die übrigen Nominierungen durch. Gemäss Schmidts (AL) Vorstoss sollen künftig kommerzielle Plakate, digitale Werbeflächen und weitere Aussenwerbung im öffentlichen Raum stark eingeschränkt oder verboten werden, da diese die «Konsumkultur» anheizen und so «zahlreiche negative gesellschaftliche Folgen» mit sich bringen würden. Betroffen wären nicht nur klassische Plakatstellen, sondern auch die öffentliche Hand, sprich: Werbeflächen an Haltestellen, in Trams, an Bahnhöfen.

Alein im öffentlichen Raum geht es um 3000 kommerzielle Plakatflächen und Werbeanlagen, darunter 342 digitale Werbeflächen und 31 Plakat-Leuchtdrehsäulen. Für die Stadt Zürich stehen Einnahmen von 28 Mio. Franken pro Jahr auf dem Spiel. Dies wird im nächsten Jahr noch für eine spannende Debatte sorgen.

Denn der Vorstoss wurde knapp, mit 58 zu 57 Stimmen, überwiesen und liegt derzeit beim Stadtrat, der Vorschläge ausarbeiten muss, über die der Gemeinderat dann noch einmal zu befinden hat. Die Regierung wird eine neue Reklameverordnung vorlegen, gemäss der digitale Werbeflächen



Gregor Rutz (Präsident IG Freiheit) übergibt Michael Schmid den Preis.

Bild zvg

me im öffentlichen Raum nicht mehr erlaubt sind – ebenso Stellen an privaten Häusern oder in Schaufenstern, die vom öffentlichen Raum aus sichtbar sind.

Die Kritik ist vielfältig: Neben dem Vorwurf, dies sei ein bevormundender Eingriff in Wirtschaft, Gewerbe, Kultur und Stadtleben, gibt es auch ungeklärte rechtliche Fragen. Der linksgrün dominierte Stadtrat lehnt ein generelles Verbot von Aussenwerbung ab.

Velopauschale, veganes Raclette

Den zweiten Platz erreichte die Basler Regierungsrätin Esther Keller mit 17 Prozent der Stimmen. Ihr Departement will das Mobilitätsverhalten der kantonalen Angestellten über eine neue Teilzeitstelle als «Veloanimator» steuern. Die Mitarbeiter sollen motiviert wer-

den, mit dem Velo, zu Fuss oder mit dem ÖV zur Arbeit zu kommen. Als Anreiz soll hierfür auch eine Velopauschale ausbezahlt werden.

Auf Rang drei landete das Forschungsprojekt des Bundes für veganes Raclette. Agroscope-Direktorin Corinne Jud Khan erhielt 12 Prozent der Stimmen. Die Forschungsanstalt entwickelte eine pflanzliche Raclette-Alternative auf Basis von Sonnenblumenkernen. Dass der Bund Geld in eine käsefreie Variante des Traditionsgerichts investiert, stiess in Bundesbern auf wenig Verständnis.

Säuliwett- und Alkoholverbot

Der vierte Platz ging an die Interkantonale Geldspielaufsicht, präsidiert von Jean-Michel Cina. Anlass für die Nomination war die bürokratische Auseinander-

setzung um das traditionelle OLMA-Säulirennen. Die Frage, ob Wetten auf rennende Ferkel als Sportwetten gelten dürfen, beschäftigte die Behörden und Gerichte während mehrerer Jahre.

Den fünften Platz belegte der Waadtländer Grossrat Oleg Gafner. Er forderte eine Promillegrenze für Parlamentarier während Ratsdebatten. Ihn hatte gestört, dass sich Parlamentskollegen während einer Debatte Wein genehmigten.

Die Verleihung des «Rostigen Paragraphen» fand in Zürich vor über 400 Gästen statt. Seit 2007 macht die IG Freiheit damit auf übertriebene Regulierung und staatliche Bevormundung aufmerksam. Auch im Jubiläumjahr zeigt sich: Der politische Erfindergeist kennt kaum Grenzen bei der Schaffung neuer Vorschriften. (ZW)

Anzeige

Interim Management

Wir meistern kritische Situationen

Business Consulting | Interim Management | Executive Search | Business Services



aviando

aviando.ch

Anzeige

BLACHO-TEX AG
Zeltvermietung & Zeltverkauf inkl. Festzubehör | Schutzhüllen & Blachen | Blachen-Seitenwände | Schwimmbad-Abdeckungen
Pavillon-Dachblachen nach Mass | Bootsblachen | Blachenverdecke für Lieferwagen und Anhänger | Blachen-Vorhänge inkl. Vorhangzubehör

www.blacho-tex.ch - Tel. 056 624 15 55

KMU-MAX für Winterthurer Altstadtlokal

Vom Publikum gefeiert, vom Winterthurer Gewerbe geehrt: Das Café Restaurant Obergass hat den KMU-MAX 2026 gewonnen. Vor über 300 Gästen setzte sich der traditionsreiche Altstadtbetrieb im Live-Voting durch – und bewies einmal mehr, wie stark regionale KMU die Stadt prägen.

Der Winterthurer Unternehmerpreis KMU-MAX hat seinen Sieger: Das Café Restaurant Obergass wurde am 20. Mai im Casinotheater Winterthur ausgezeichnet. Über 300 Gäste feierten an der bereits 16. Verleihung des beliebten KMU-Preises mit – und entschieden wie jedes Jahr selber über den Gewinner. Per Live-Voting kürte das Publikum das traditionsreiche Altstadtlokal zum Sieger. Ebenfalls im Final standen die Küng & Co AG sowie die Selzam AG. Moderiert wurde der Anlass von Désirée Schiess und Urs Hofer.

Das Café Restaurant Obergass gehört seit bald 30 Jahren zur kulinarischen Seele der Winterthurer Altstadt. Karin und Daniel Hunold setzen gemeinsam mit ih-



Jubel im Casinotheater nach Bekanntgabe der Gewinner.

Bild zvg

rem Team auf saisonale und regionale Küche, kurze Lieferwege und eine enge Verbundenheit mit Winterthur. Gleichzeitig engagiert sich der Betrieb stark im gesellschaft-

lichen Leben der Stadt – etwa an der Fasnacht, am Albanifest oder bei weiteren Kulturevents.

Der KMU-MAX wird jedes Jahr vom KMU-Verband Winter-

thur und Umgebung vergeben. Das Interesse war auch 2026 gross: Rund 450 Personen reichten zu Jahresbeginn ihre Lieblingsunternehmen ein. Insgesamt kamen so 220 regionale KMU zusammen. Eine Jury aus Wirtschaft, Kultur und Medien wählte daraus sieben Unternehmen aus, die dann im Onlinevoting um den Finaleinzug kämpften.

Neben einer Trophäe erhält das Siegerunternehmen ein Preisgeld von 3000 Franken, das einer gemeinnützigen Organisation im Bezirk Winterthur spendet wird. Zudem übernimmt das Gewinner-KMU eine fünfjährige Patenschaft für eine «Winterlinde» auf dem Dialogplatz im Sulzer-Areal – Symbol für die starke Verwurzelung der regionalen Unternehmen. (ZW)

Regulierungsbremse: Erfolg für KMU

KMU erhalten eine Regulierungsbremse. Der Nationalrat hat die Motion «Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse» von Ständerat und Gewerbekammermitglied Jakob Stark angenommen. Dies, nachdem ihr bereits der Ständerat zugestimmt hatte. Jetzt muss der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten.

«Das ist ein Erfolg für die KMU, die bei der Umsetzung staatlicher Vorgaben oft stärker gefordert sind als grössere Unternehmen», sagt Fabio Regazzi, Unternehmer und sgv-Präsident. Die Forderung nach einer Regulierungsbremse hat eine lange Geschichte. Schon am Gewerbekongress 2010 in Lugano forderten die KMU eine Reduktion der Regulierungskosten um netto 20 Prozent bzw. um 10 Milliarden Franken bis 2018 sowie eine systematische Messung und Erfassung der gesamten Regulierungskosten. Diese machen gemäss Schätzungen des sgv 80 Milliarden Franken oder 10 Prozent des BIP aus. Und eine Studie von Avenir Suisse zeigt, dass rund 70 Prozent der Kosten von Lieferkettengesetzen von Grossunternehmen auf KMU überwälzt werden.

Jetzt ist der Bundesrat am Zug: Er muss eine entsprechende Vorla-

ge ausarbeiten. Künftig sollen Bundesgesetze und völkerrechtliche Verträge, die für KMU erhebliche zusätzliche Regulierungskosten verursachen, strengere Anforderungen im Gesetzgebungsprozess erfüllen. Solche Vorlagen sollen entweder die Zustimmung eines qualifizierten Mehrs in beiden Räten benötigen oder durch die Aufhebung bzw. Anpassung bestehender Erlasse in mindestens gleichem Umfang kompensiert werden.

Die Regulierungskostenbremse soll greifen, sobald eine noch festzulegende Anzahl Schweizer KMU von den zusätzlichen Kosten betroffen wäre.

Unabhängige Abschätzung

Ebenfalls vom Nationalrat angenommen wurde die Motion von Fabio Regazzi für eine unabhängige Regulierungskostenabschätzung. Damit können die regulie-

renden Bundesämter die daraus entstehenden Kosten für KMU künftig nicht mehr kleinreden.

Kleinsendungen aus Asien

Der sgv hat zum Sessionsstart in die Sommersession gleich weitere Erfolge für die KMU verbuchen können. Auch die Motion von Fabio Regazzi zur Verstärkung der

Kontrolle bei Kleinsendungen aus Asien wurde vom Nationalrat angenommen. Dort wird ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Produktsicherheit und zur Sicherstellung freier Wettbewerbsbedingungen für Schweizer KMU gesetzt. Der sgv begrüsst die zügige Umsetzung, um faire Marktchancen nachhaltig zu stärken. (ZW)



Den Bürokratieberg reduzieren: Ein Kernthema des sgv. Bild stock.adobe/stokkete

Gewerbeverein auf Selbstfindung

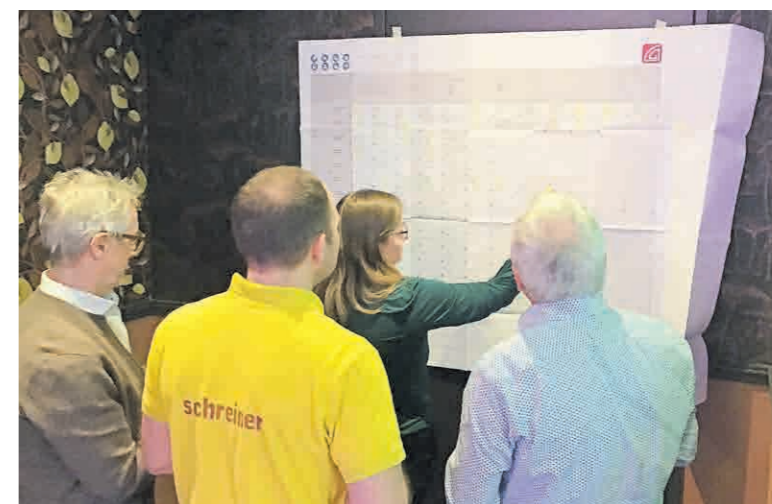
Der Gewerbeverein Bülach hat sich einem strukturierten Selbstfindungsprozess unterzogen, um Fragen zur Ausrichtung, Prioritätensetzung und Mitgliederorientierung zu klären. Mithilfe des Netzwerks adlatus wurden in einem Workshop Stärken, Schwächen und Entwicklungspotenziale sichtbar. Ziel: den Verein zukunftsfähig zu machen.

Mark Gasser

Die Herausforderungen des Gewerbes Bülach sind beispielhaft für viele Vereine und Organisationen: begrenzte Ressourcen, steigende Anforderungen an die Kommunikation sowie die Frage, welche Projekte den grössten Nutzen für die Mitglieder stiften.

In den Worten von Igor Lupsic, Gewerbepräsident in Bülach: «Es wird zunehmend schwieriger, Firmeninhaberinnen und Firmeninhaber langfristig für ein Vereinsengagement oder sogar für Vorstandsarbeit zu begeistern. Gleichzeitig stellt sich für uns als Vorstand immer wieder die Frage, ob wir den Verein auf dem richtigen Weg führen und ob unsere Mitglieder unsere Arbeit und gesetzten Prioritäten auch tatsächlich so wahrnehmen und begrüßen, wie wir dies annehmen. Zudem ist es nicht immer einfach, einzuschätzen, welche Themen und Projekte für die Mitglieder wirklich Priorität haben.»

So wurde der Gewerbeverein über den KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich auf das Netzwerk adlatus aufmerksam. Schweizweit bieten rund 200 aktive ehemalige Führungskräfte und Unternehmerinnen und Unternehmer, davon rund 30 in der Region Zürich und Agglomera-



Während des Workshops in Bülach.

Bild zvg

tion, unkompliziert und vor allem: kostengünstig Beratungen an. Das adlatus-Netzwerk prüft jeweils bei Anfragen, welches Mitglied zur Lösung des Problems am besten infrage kommt. In der Region Zürich und Umgebung arbeitet adlatus seit dem Jahr 2021 mit dem KGV zusammen. Damals stellte adlatus ein Härtefallprogramm auf die Beine, um Betrieben zu helfen, welche durch Covid-Massnahmen unverschuldet in Schwierigkeiten geraten waren.

Was braucht Bülach?

Der Prozess mit adlatus begann in Bülach mit einem ersten Kennenlerngespräch. Anschliessend wurden gemeinsam die Ziele für einen Workshop definiert, erzählt Lupsic. «Uns war dabei besonders wichtig, dass die Arbeitsgruppe nicht nur aus Vorstandsmitgliedern besteht, sondern bewusst auch Vereinsmitglieder miteinbezogen werden. Wir waren überzeugt, dass dadurch unterschiedliche Perspektiven einfließen und wir ein ehrliches sowie konstruktives Gesamtbild erhalten. Ziel des Workshops war es, sowohl unsere Stärken als auch unsere Schwächen sichtbar zu machen und daraus konkrete Ansätze zu entwickeln, wie wir bestehende Herausforderungen langfristig und strukturiert verbessern können.»

Die Erfahrungen mit dem

Potenziale sichtbar. Gleichzeitig entsteht eine fundierte Grundlage für nachhaltige Entscheidungen und die gezielte Weiterentwicklung der Organisation.

Erkenntnisse der Analyse

Konkret: Die Analyse hat gezeigt, dass das Gewerbe Bülach über eine solide organisatorische Basis verfügt und bereits wichtige Entwicklungsprojekte angestossen hat. Gleichzeitig wurde deutlich, dass insbesondere die stärkere Vernetzung bestehender Aktivitäten sowie ein systematisches Kommunikationskonzept zentrale Hebel für die zukünftige Weiterentwicklung des Vereins darstellen.

Wie geht es nun weiter?

Die nächsten Schritte bestehen nun darin, die gewonnenen Erkenntnisse aktiv in die Vorstandsarbeit einfließen zu lassen. «Zudem möchten wir weitere Arbeitsgruppen bilden, um einzelne Themen vertieft zu behandeln und die Zusammenarbeit innerhalb des Vereins weiter zu stärken», so Lupsic. Die zukünftige Zusammenarbeit mit adlatus werde der Vorstand ebenfalls weiter prüfen und die finanziellen Rahmenbedingungen dazu noch klären.

Lupsic ist froh, dass die Hilfe zur Selbsthilfe durch adlatus – via KGV vermittelt – zustande kam. Die Auswertung des Workshops habe bestehende Themen bestätigt und gleichzeitig neue Perspektiven aufgezeigt. «Darauf können wir nun gezielt aufbauen. In einem nächsten Schritt geht es darum, die Erkenntnisse gemeinsam weiterzuentwickeln und schrittweise umzusetzen, teils im Vorstand, teils in Arbeitsgruppen mit Unterstützung unserer Mitglieder.» Viele Vereine stünden heute vor ähnlichen Herausforderungen. «Umso wichtiger ist es, junge Unternehmerinnen und Unternehmer für Vereinsarbeit zu begeistern, den Wandel der Zeit ernst zu nehmen und gleichzeitig den Mitgliedern aktiv zuzuhören.»

INFO

Netzwerk adlatus

adlatus Zürich & Agglomeration unterstützt KMU, Non-Profit-Organisationen und Privatpersonen mit erfahrenen Fach- und Führungskräften. Als praxisorientierter Sparings- und Umsetzungspartner schaffen die Mitglieder von adlatus Zugang zu Erfahrung, Kompetenz und unabhängiger Beratung – effizient, wirkungsvoll und ohne die Strukturen und Kosten grosser Beratungsunternehmen.

Spitzensport und Berufslehre vereinen

«Spitzensport oder Berufslehre?» Die falsche Frage und oft der falsche Ansatz. Und genau diese Entscheidung kostet Karrieren, findet eine Ausbildungsexpertin.

Das schweizerische Bildungssystem zwingt junge Talente im Vergleich zu vielen anderen Sportnationen sehr früh dazu, sich beruflich zu orientieren, oder alles auf den Sport zu setzen. Gerade in einer entscheidenden Entwicklungsphase entsteht dadurch enormer Druck. Die Folge: Talente werden häufig mit der Frage konfrontiert, ob sie sich für Spitzensport oder Berufslehre entscheiden müssen.

Dabei schliessen sich diese beiden Wege nicht aus. Genau hier setzt Alexandra Enzler an. Sie verbindet über 30 Jahre Erfahrung in der Berufsbildung mit der Realität des Nachwuchssportlers und entwickelt Lösungen, die Leistungssport und Lehre nachhaltig vereinbar machen.

Gleichzeitig stellt sich eine unbequeme Frage: Warum werden so viele junge Sportler fast automatisch in die sogenannte Sportlerlehre gelenkt, obwohl diese letztlich nichts anderes ist als ein schulisch organisiertes KV in vier Jahren? Während Praktikumsplätze immer schwieriger zu finden sind und die Digitalisierung klassische Administrationsberufe laufend abbaut, werden viele junge Talente in Ausbildungswege gelenkt, die sie ohne ihre Sportkarriere kaum gewählt hätten. Da stelle sich die Frage: Fördern wir mit der standardisierten «Sportlerlehre» tatsächlich nachhaltige Perspektiven oder produzieren wir neue Sackgassen?

Fragwürdige Standardlösungen

Aus ihrer Arbeit mit Clubs, Verbänden, Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen weiss sie: Nicht die Jugendlichen scheitern, sondern oft die Strukturen. Viele Programme setzen auf Standardlösungen wie klassische Sportlerlehren oder reine Lehrverlängerungen. Für manche funktioniert das, für viele jedoch nicht. «Die Suche nach Standardlösungen ist für Verbände oder Institutionen verständlich. Aber Talente brauchen oft individuelle Lösungen»,



Talente der Rapperswil Jona Lakers, die ihre Lehre abgeschlossen haben (von links): Andrin Flüsch, Elektromonteur EFZ, Yanik Holzer, Kaufmann EFZ (Swissmem), Ilja Lüthi, Zeichner Architektur EFZ, Fabio Domig, Kaufmann EFZ (Treuhand).

sagt Enzler. «Bei den meisten Sportverbänden und Clubs sind ehemalige Spitzensportler in Positionen, welche die Bildungsverordnung und die Berufsbildung nicht kennen», so Enzler. «In der Bildungslandschaft und Swiss Olympic sind das oft Akademiker oder Sportstudenten, die versuchen, Konzepte zu entwickeln, von denen ich nicht glaube, dass sie die Bedürfnisse des Berufsmarkts treffen.»

Ausbildungsbetriebe sind offen

Gleichzeitig erlebt sie in Ausbildungsbetrieben erstaunlich wenig Widerstand. Die Bereitschaft, junge Spitzensportler zu unterstützen, sei häufig vorhanden. Die Herausforderung liege vielmehr darin, Sport und Berufsbildung so zu koordinieren, dass Talente nicht zwischen beiden Welten aufgegeben werden. Gerade in Sportverbänden fehle oft das vertiefte Verständnis für die Berufsbildung und deren Möglichkeiten. Umgekehrt würden in der Bildungs-

landschaft Konzepte entwickelt, die den Anforderungen des Spitzensports oder des Arbeitsmarkts nicht immer gerecht werden.

Seit über sechs Jahren arbeitet Enzler selbstständig an dieser Schnittstelle und begleitet junge Talente praxisnah. Dabei zeigt sie konkret auf, wie individuelle Lösungen zwischen Sport, Betrieb



Robin Ramsauer schloss die Lehre als Produktionsmechaniker EFZ ab.

und Schule möglich werden, statt junge Menschen in starre Modelle zu drängen.

Eishockeytalent Ramsauer

Wie wichtig solche Unterstützung ist, zeigt auch das Beispiel von Robin Ramsauer, Stürmer beim EHC Chur. Der Eishockeyspieler absolvierte eine Lehre und konnte erst drei Jahre nach Lehrabschluss vollständig vom Profisport leben. Rückblickend sagte er im Interview: «Ohne die Unterstützung hätte ich mich entscheiden müssen.» Genau darum geht es: Talente sollen nicht gezwungen werden, sich mit 15 oder 16 Jahren zwischen sportlicher und beruflicher Zukunft zu entscheiden.

«Mein Ziel ist, dass Talente ihre Lehre erfolgreich abschliessen und gleichzeitig im Sport ihr Potenzial ausschöpfen können, weil wir es uns sportlich wie fachlich gesehen in der Schweiz schlecht nicht leisten können, sie durch schlechte Strukturen zu verlieren.» (ZW)

Ferrari Luce – Requiem oder Hymne auf Zukunft?

KOLUMNE
LUDWIG HASLER



Philosoph, Physiker, Autor
lhasler@duebinet.ch

Ferrari-Fans sind entsetzt. Wie zu erwarten. Fans sind halt Liebhaber. Und Liebhaber leben vom geliebten Objekt, also fürchten sie nur eines: dass ihr Objekt sich verändert. Tut es aber gerade. Nach 80 Jahren mit röhrenden Motoren wagt Ferrari das Experiment eines vollelektrischen «Luce», durchaus sportlich: 1050 PS (aus vier Elektromotoren) beschleunigen in 2,5 Sekunden von null auf hundert. Trotzdem scheidet «Luce» die Geister. Ferrari-Präsident John Elkann: «Wir haben bewusst die Entscheidung getroffen, die Zukunft anzuführen.» Tenor der Reaktionen aus der Fangemeinde: «bieder», «zu wenig Ferrari». Wer hat recht? Ferrari natürlich. Zukunft gibt es nie für Status-quo-Politiker. Nostalgische Gefühle sind grad Mode. Nostalgie ist trotzdem keine Strategie. Der grösste Feind der Zukunft ist eine erfolgreiche Gegenwart. Die (deutsche) Autobranche

kann davon ein Lied singen. Stets bemüht, akute Kundenwünsche zu befriedigen, bastelte sie unbeirrbar weiter am Althergebrachten, tüftelte hingebungsvoll an Feinheiten des Verbrenners, spottete über die Solarträume vermeintlich grüner Romantiker – und wunderte sich, als Tesla auch in Europa vordrang, als die deutschen Klassiker am Salon in Schanghai von ihren Spitzenpositionen auf Ränge hinter 15 zurückfielen.

«Unsere Kunden schätzen das»: das Credo aller Gegenwartsfrommen. Der Kunde ist König, klar, und für Könige ist nur das Beste gut genug. Doch woher weiss dieser König, was für ihn das Beste ist? Vor allem: Was für ihn übermorgen am besten ist? Unternehmen mit Appetit auf Zukunft bleiben nie stehen bei dem, was Kunden momentan mögen; sie nehmen Witterung auf im diffusen Wind des Zeitgeistes, sie erforschen die versteckten Wünsche potenzieller Kunden. Weil sie wissen: Wer will, dass die Dinge bleiben, wie sie sind, muss jederzeit ein paar Dinge ändern. Wie Ferrari das jetzt tut mit seinem Stromer-Sportwagen. Man mag am E-Antrieb herum-

mäkeln, immerhin versaut er nicht die Luft. Er kann auch die Tonalität des Verkehrs ändern, das wäre schon ein rechter Wandel, Schluss mit Dauergedröhne und Aggressivität. Doch Technologie setzt sich nicht von selbst durch. Sie braucht Atmosphäre, Stil, den Duft der Zukunft. Damit haperte es jahrelang. Die ersten E-Autos sahen aus, als wollten sie sich entschuldigen, überhaupt Autos zu sein. Dann bauten manche Marken ein paar E-Varianten, VW zum Beispiel seinen ID 3, super Technik, aber Design von vorgestern, ganz der alte Golf. Nie sah Zukunft so wenig nach Zukunft aus, demonstrativ visionslos. Die Branche hatte keine Lust aufs Futur. Es war, als würde man das Handy in Form des alten Telefongeräts gestalten, nur ohne Schnur. Zukunft muss Träume wecken, nicht bloss ökologisch korrekt wirken. Liebhaber des Status quo verstehen das nie, sie träumen nicht, sie hängen an dem, was sie haben. So taugen sie nicht zum Unternehmer. Der weiss: Bei aller Liebe zu Oldtimern – eine Branche, die ihre Oldtimer hätschelt, wird bald selbst einer.

Anzeige

Ihre persönliche Pensionskassenberatung.

Bei uns werden Sie persönlich beraten. Wir gehen auf individuelle Bedürfnisse Ihres Unternehmens ein und betreuen alle Ihre Pensionskassenanliegen sicher und erfahren.



Scannen und informieren.

SwissLife 
Finanziell selbstbestimmt leben.

Ein ERP, das einfach passt.

Weil Ihr Erfolg planbar ist

Ihre Vorteile



KI unterstützt



Modular



Ganzheitlich



Übersichtlich



Modern



Sicher

 swiss made software



Weitere Informationen finden Sie unter:
abacus.ch/erp-abacus

 **ABACUS**

Urheberrecht – good news aus Köln

Zur Vermeidung einer uferlosen Ausdehnung der Anwendung des deutschen Urheberrechts hat jüngst das Oberlandesgericht Köln in einem Urteil verlangt, dass für die Geltendmachung von (Schadenersatz-)Ansprüchen ein hinreichend relevanter Inlandsbezug erforderlich ist.

In Deutschland hält die Suche nach Urheberrechtsverletzungen auf Internetseiten und anderen Plattformen seit Jahren an. Auch Personen und Organisationen in der Schweiz sind oft betroffen. Verschiedene deutsche Anwaltskanzleien haben sich darauf spezialisiert, Unternehmen mit Abmahnungen und Vertragsstrafen zu überziehen.

So schnell geht's

Wer fremde Fotos, Filme und dergleichen aus dem Netz ohne Erlaubnis auf seiner Homepage platziert, verstösst gegen das Urheberrecht des Schöpfers. Bilder und Videos, die man im Internet findet, gehören jemandem und man darf deshalb diese fremden Inhalte und Materialien ohne Lizenz an sich nicht uneingeschränkt veröffentlichen und dadurch Dritten zugänglich machen.

Blick nach Deutschland

Gemäss dem deutschen Urheberrechtsgesetz muss der Berechtigte den Verletzer vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auf Unterlassung abmahnen und ihm Gelegenheit geben, den Streit durch Abgabe einer mit einer angemessenen Vertragsstrafe bewehrten Unterlassungsverpflichtung beizulegen. Hinzu kommt, dass nach deutschem Urheberrecht dem Verletzer die Abmahngebühren aufgebürdet werden können. Somit kann es ohne Weiteres sein, dass man auch in der Schweiz ein Abmahnschreiben eines deutschen Anwalts erhält und aufgefordert wird, eine Vertragsstrafe und Abmahngebühren zu bezahlen sowie eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Kommt man diesem Ansinnen nicht nach, läuft man Gefahr, eingeklagt zu werden.

Internationaler Sachverhalt

Da sich die Nutzung des Internets nicht auf ein Staatsgebiet beschränkt, bewegt man sich im rechtlichen Rahmen stets auf ei-



Die unerlaubte Verwendung von urheberrechtlich geschützten Bildern unterliegt – wenn der hiesige Markt im Fokus ist – schweizerischem Recht.

ner internationalen Ebene. Da eine Homepage eines Unternehmens oder einer anderweitigen Organisation grundsätzlich in jedem Land einsehbar ist, kann nach dem Schutzlandprinzip aus jedem Land eine Verletzung geltend gemacht werden. Somit kann es dazu kommen, dass ein Unternehmen in der Schweiz vor deutschen Gerichten nach deutschem Recht eingeklagt wird.

«Köln sei Dank»

Das Oberlandesgericht Köln hatte jüngst folgenden, gekürzt wiedergegebenen Sachverhalt zu beurteilen: Ein Fotograf erstellte im Rahmen eines Auftrags mehrere Fotografien über ein Produkt zu Werbezwecken. Diese Fotos wurden von mehreren Unternehmen, welche das besagte Produkt in der Schweiz vertrieben oder bewarben, auf deren Internetseiten veröffentlicht. Eine Zustimmung lag für diese Veröffentlichung weder vom Fotografen noch von dessen Auftraggeber vor. Der Fotograf klagte deshalb gegen diese Unternehmen vor dem Landgericht Köln wegen Verletzung des deutschen Urheberrechts auf Leistung einer Entschädigung für die unerlaubte Nutzung der Fotos. Das Landgericht gab dem Kläger recht, wengleich es die vom Kläger ver-

langten Schadenersatzbeträge um 50% kürzte. Gegen diese Kürzung beschwerte sich der Kläger beim Oberlandesgericht Köln, welches jedoch die Klage gegen alle Unternehmen mit Sitz in der Schweiz im November 2025 vollumfänglich abwies.

Erwägungen

Das Oberlandesgericht erwog im Wesentlichen, dass die in der Schweiz domizilierten Unternehmen kein deutsches Urheberrecht verletzt hätten. Gehe es um die Verletzung des inländischen, d.h. des deutschen Urheberrechts durch eine Handlung mit Auslandsberührung müsse geprüft werden, ob eine relevante Verletzung im Inland (d.h. in Deutschland) vorliege. Dabei genüge nicht, dass Internetseiten grundsätzlich weltweit – und damit auch in Deutschland – abrufbar und erreichbar seien, ohne dass die Betreiber zielgerichtet oder auch nur als Nebeneffekt in nennenswertem Umfang von der inländischen, d.h. deutschen Erreichbarkeit profitierten. Auch der Verwendung der deutschen Sprache komme jedenfalls dann keine erhebliche Bedeutung zu, wenn Deutsch im Sitzland der Betreiber bzw. Anspruchsgegner eine Amtssprache sei (wie im vorliegenden Fall:

Schweiz) und die Internetseiten auch ausschliesslich unter der Top-Level-Domain des Sitzlandes (vorliegend: .ch) betrieben werden. Selbst eine «com»-Domain schade nicht, sofern die Geschäftsaktivitäten ausschliesslich auf den Schweizer Markt ausgerichtet seien und das Unternehmen keine deutschen Kunden habe.

Fazit

Erhalten ausschliesslich auf den schweizerischen Markt ausgerichtete Unternehmen oder Organisationen wegen Verletzung des deutschen Urheberrechts Post aus Deutschland, ist man gut beraten, geforderte Vertragsstrafen und Abmahngebühren nicht zu bezahlen und die Androhung von prozessualen Schritten in Deutschland gelassen hinzunehmen. Ein Erfolg wird solchem Vorgehen nach dem nun vorliegenden Urteil des Oberlandesgerichts Köln kaum mehr beschieden sein. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die unerlaubte Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken auch nach schweizerischem Recht unzulässig ist und zu Entschädigungen führen kann. In Fällen wie dem vorliegenden sind jedoch die schweizerischen Gerichte zuständig und anwendbar ist das schweizerische Urheberrecht. Und es ist kaum anzunehmen, dass im Einzelfall die schweizerischen Gerichte für in Deutschland ansässige Urheberrechtsberechtigte bemüht werden. In aller Regel sind die Streitwerte zu gering und stehen in keinem Verhältnis zu den anfallenden Kosten bei Durchsetzung des Rechts.



Rolf Ringger
ist Partner bei der Anwaltskanzlei Beelegal und publiziert Ratgeberbeiträge in der «Zürcher Wirtschaft».

Kulturerbe, Kebab und Kater

Es gibt Ideen, die wirken auf den ersten Blick absurd. Auf den zweiten Blick noch absurder. Und dann gibt es die Vorstellung, die Zürcher Langstrasse zum UNESCO-Weltkulturerbe zu erklären. Die UNESCO schützt bekanntlich Orte von aussergewöhnlichem universellem Wert: die Pyramiden von Gizeh, die Altstadt von Bern oder die Chinesische Mauer. Und vielleicht bald eine Strasse, in der sich um drei Uhr morgens ein Junggesellenabschied, ein verlorener Banker, drei E-Trottinets und ein Mann im Flamingo-kostüm um den letzten Kebab streiten. Natürlich hat die Langstrasse Geschichte. Sie ist bunt, lebendig und widersprüchlich. Wo sonst kann man innerhalb weniger Minuten einen Coiffeur, eine Shisha-Bar, einen Nachtclub, eine Spielhalle und einen Laden finden, der gleichzeitig Handyhüllen, Energy-Drinks und vermutlich auch Ersatzteile für sowjetische Traktoren verkauft? Doch reicht das für die UNESCO? Man stelle sich die Inspektoren vor. Sie reisen an, um den aussergewöhnlichen kulturellen Wert zu prüfen. Bereits nach zehn Minuten werden sie von einem E-Bike beinahe überfahren, nach zwanzig Minuten zum vierten Mal gefragt, ob sie «etwas

DER WADENBEISSER



Spezielles» suchen, und nach einer Stunde besitzen sie drei Rabattkarten, zwei Flyer für Techno-Partys und eine leichte Existenzkrise. Die Bewerbung könnte originelle Argumente enthalten: Die Langstrasse als lebendiges Freilichtmuseum urbaner Überforderung. Als einzigartiges Ökosystem zwischen Gentrifizierung und Kontrollverlust. Als Ort, an dem die Grenzen zwischen Gastronomie, Sozialstudie und Reality-TV endgültig verschwimmen. Andere Städte verfügen über historische Monumente. Zürich hätte eine Strasse, die beweist, dass menschliche Zivilisation auch ohne

erkennbaren Plan erstaunlich lange funktionieren kann. Besonders beeindruckend ist die Wandelbarkeit des Quartiers. Tagsüber trinken Kreative Hafermilch-Cappuccino und diskutieren über nachhaltige Stadtentwicklung. Nachts diskutieren andere Menschen lautstark über ganz andere Nachhaltigkeitsfragen, etwa darüber, wie lange man mit 2,3 Promille noch aufrecht gehen kann. Die UNESCO verlangt Authentizität. Die Langstrasse liefert sie im Übermass. Nichts ist inszeniert. Wer hier um vier Uhr morgens unterwegs ist, begegnet der Wahrheit in ihrer rohesten Form – und versucht danach meist, sie wieder zu vergessen. Vielleicht liegt genau darin ihre Bedeutung. Die Langstrasse ist kein Denkmal der Vergangenheit, sondern ein Mahnmal der Gegenwart. Sie zeigt, wie eine moderne Grossstadt tatsächlich funktioniert: chaotisch, laut, widersprüchlich und gelegentlich leicht klebrig. Ob das für einen Welterbetitel genügt, ist fraglich. Doch eines muss man der Langstrasse lassen: Sie braucht keine UNESCO-Plakette. Sie ist längst ein Kulturerbe – allerdings eines, das man besser mit gesundem Menschenverstand als mit Denkmalschutz betrachtet.

Anzeige

Strategie. Verantwortung. Vernetzung.

Praxisnahe Impulse und Austausch für KMU-Verwaltungsräte. Jetzt informieren und anmelden: vr-symposium.ch

OBt

4. September 2026, Radisson Blu Hotel Zürich Flughafen

IMPRESSUM

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

Herausgeber
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

Redaktion
zuercherwirtschaft@kgv.ch
Telefon 043 288 33 66
Mitarbeiter: Anna Birkenmeider, Gerald Brüttsch-Prévôt, Ludwig Hasler, Barbara Rüttimann, Bruno Sauter, Marcel Vollenweider

Chefredaktor
Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60
mark.gasser@kgv.ch

Zürcher Wirtschaft
Total verbreitete Auflage: 26'943 Expl. (WEMF), davon verkauft: 16'178 Expl.
Erscheinungsort: Zürich
Erscheinungsweise: 11 Mal pro Jahr
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet
Belegexemplare erbeten

Gestaltung/Produktion
Markus Zeller/Mark Gasser

Druck
CH Media Print AG

Anzeigenverwaltung
DaPa Media Vermarktungs GmbH
Luzernerstrasse 22, 5620 Bremgarten
056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch

Annahmeschluss für Inserate
Jeweils zwei Wochen vor Erscheinung

Adressänderungen
Bitte direkt an den Herausgeber:
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
info@kgv.ch / www.kgv.ch
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben

TOP-ADRESSEN

DIE GÜNSTIGSTE ART ZU WERBEN!

BUCHEN SIE UNTER: zw@dapamarkt.ch

ANZEIGENMARKETING u. MEDIEN

DaPa Media Vermarktungs GmbH
5620 Bremgarten, Luzernerstrasse 22
Telefon 056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch, www.dapamarkt.ch

GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU

schädeli gartenbau ag
Gartenpflege, Gartenbau
8046 Zürich, Kugelilostrasse 39
Telefon 044 371 41 30
gartenbau@schaedeli.ch
www.schaedeli.ch

HAUSWARTUNGEN

sf home + garden ag
Facility Service, Hauswartungen
8050 Zürich, Kugelilostrasse 48
Telefon 044 313 13 44
info@home-garden-ag.ch
www.home-garden-ag.ch

BEKLEIDUNG UND WERBEARTIKEL

Jim Bob – Fohlochstr. 5A – 8460 Marthalen
Telefon 052 305 40 00
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

RUNDKIES/SAND/SPLITT

Philipp Aeberhardt Transporte
ph.aeberhardt@bluewin.ch
Telefon 079 673 03 41
Franko Baustelle geliefert

PENSIONS KasSEN

Asga Pensionskasse
Ueberlandstrasse 111, 8600 Dübendorf
Telefon 044 317 60 50
www.asga.ch – info@asga.ch

DACHDECKER/SPENGLER

Staudacher + Söhne AG / 044 421 20 10
Dachreparaturen + Flachdachsanierung
www.staudacher-soehne.ch

IMMOBILIEN

Room4U AG
Raumvermietungen
Winterthur, Spreitenbach
044 545 50 00 / room4u.ch

Portmann Consulting GmbH
8966 Oberwil-Lieli, Juchächerstr. 11
IMMOBILIENVERKAUF
Attraktive Konditionen+Top-Referenzen
www.portmannconsulting.ch, 079 281 51 85

COACHING

Leadership in KMU:
Ich stärke Führungspersonen – klar, wertschätzend und lösungsorientiert mit einer Mischform aus Beratung, Sparring und Coaching. www.feri-mit-wirkung.ch

SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

Tauben-Marderabwehr
www.ratex.ch – 044 241 33 33

Inserateverkauf

Mediadaten 2026: www.kgv.ch/etc/zuercher-wirtschaft/

DaPa Media Vermarktungs GmbH
Luzernerstrasse 22
5620 Bremgarten
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch, www.dapamarkt.ch

TOP-ADRESSEN Preise:

Rubrikzeile gratis! Auswahl 8 Farben

3 Zeilen 324.– (pro Jahr)	4 Zeilen 432.– (pro Jahr)	5 Zeilen 540.– (pro Jahr)	6 Zeilen 648.– (pro Jahr)
---------------------------	---------------------------	---------------------------	---------------------------

(max. 35 Zeichen je Zeile)

Rabatte/Zuschläge:

Titelseite (49 x 56 mm): 710.– Normal-/ 1770.– Grossauflage

Editorial-Seite (49 x 56 mm): 420.– Normal-/ 620.– Grossauflage

Platzierungszuschläge:

2. Umschlagsseite
Text-Platzierung: +20%

Beraterkommission: 10%

Mengenrabatte:

3-mal 5%	11-mal 15%
6-mal 10%	BK 10%

August 2026: Mensch, Arbeit, Leadership, Karriere

Zürcher Wirtschaft

Highlights der nächsten Ausgabe:

Ein gewerbepolitisches Schwergewicht blickt auf Erfolge und Niederlagen zurück: Niole Barandun tritt als Präsidentin des städtischen Zürcher Gewerbeverbands ab.

Künstliche Intelligenz kann bereits heute einen grossen Teil der Routinearbeit im Finanzwesen übernehmen. Kann sie auch bald den Finanzchef KMU ersetzen?

«Candidate Ghosting»: Personalverantwortliche berichten, dass Arbeitssuchende sich öfter vom Bewerbungsprozess zurückziehen, wenn KI im Spiel ist.

Redaktionsschluss:

6. August 2026

Anzeigenschluss:

7. August 2026

Inserate:



DaPa Media Vermarktungs GmbH
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch
www.dapamarkt.ch



Bild: stockadobe.com/Mario

Stimmvolk lehnt Wohneigentums-Initiative und linke Wohninitiativen ab

Der Hauseigentümerverband Kanton Zürich bedauert die Ablehnung der Wohneigentums-Initiative durch die Zürcher Stimmbevölkerung am 14. Juni. Auch wenn die Initiative keine Mehrheit gefunden hat, bleibt die Förderung von Wohneigentum für Familien, den Mittelstand und kommende Generationen ein wichtiges wohnpolitisches Anliegen. Gleichzeitig hat das Stimmvolk die Wohnungsinitiative und die Wohnschutz-Initiative abgelehnt und mit den jeweiligen Gegenvorschlägen wohnpolitischen Lösungen mit Augenmass den Vorzug gegeben.

Die Wohneigentums-Initiative hätte dazu beigetragen, bei staatlich geförderten Wohnbauprojekten neben kostengünstigen Mietwohnungen auch kostengünstiges selbstgenutztes Wohneigentum zu ermöglichen. Ziel war es, Familien und dem Mittelstand wieder bessere Chancen auf Wohneigentum zu eröffnen und den verfassungsmässigen Auftrag zur gleichwertigen Förderung von Miete und Eigentum umzusetzen.

Traum vom Eigenheim bleibt aktuell

Der HEV Kanton Zürich respektiert den Entscheid der Zürcher Stimmbevölkerung. Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden bleibt jedoch für viele Menschen ein wichtiges Lebensziel. Die Herausforderungen beim Zugang zu Wohneigentum bestehen weiterhin. Deshalb wird sich der Verband auch in Zukunft mit Überzeugung dafür einsetzen, dass Familien und der Mittelstand wieder eine faire Chance auf Wohneigentum erhalten.

Der HEV Kanton Zürich dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern. Die Abstimmung beendet die Diskussion nicht. Der Verband erwartet, dass sich die politischen Entscheidungsträger trotz des Resultats für eine ausgewogene Wohnpolitik einsetzen. Mietwohnungen und selbstgenutztes Wohneigentum sollen dabei bei staatlich geförderten Wohnbauprojekten gleichermaßen berücksichtigt werden, damit auch künftige Generationen eine Perspektive auf die eigenen vier Wände haben.

Ausgewogene Lösungen statt wohnpolitischer Extreme

Neben der Wohneigentums-Initiative hatte die Zürcher Stimmbevölkerung auch über die Wohnungsinitiative und die Wohnschutz-Initiative zu befinden. Der HEV Kanton Zürich begrüsst, dass beide Volksinitiativen abgelehnt wurden. Gleichzeitig haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den jeweiligen Gegenvorschlägen zugestimmt.

Mit ihrem Entscheid haben die Zürcherinnen und Zürcher deutlich gemacht, dass zusätzliche Regulierungen und weitergehende staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt nicht als geeignete Antwort auf die bestehenden Herausforderungen betrachtet werden. Die beiden Initiativen hätten erhebliche Einschränkungen für Hauseigentümerinnen und -eigentümer mit sich gebracht und die Rahmenbedingungen für Investitionen in Wohnraum weiter verschlechtert.

Die Zustimmung zu den Gegenvorschlägen ist gleichzeitig Ausdruck des Wunsches nach pragmatischen Lösungen. Der HEV Kanton Zürich wird die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen aufmerksam begleiten und sich dafür einsetzen, dass deren Anwendung verhältnismässig erfolgt, die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum nicht behindert und wohnpolitische Massnahmen insgesamt Augenmass wahren. Auch künftig wird sich der Verband dafür einsetzen, dass die Interessen von Hauseigentümern in der Wohnpolitik angemessen berücksichtigt werden.



Hans Egloff, Präsident
Hauseigentümerverband Kanton Zürich

Weitere Informationen:
www.hev-zh.ch

